

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

232 (7.10.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE CARLSRUHE

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtentgeltung des Zeichens, bei geschäftlicher Betätigung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Erschließungs- und Gerichtsgebühren in Karlsruhe 1. B. - Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Ruhestunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,50 Mark o. Ofr. Jährlich 2,20 Mark o. Dfr. Durch die Post 2,60 Mark o. Ofr. Einzelheft 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2.30 Uhr. Redaktion: Karlsruhe I. B. Bahnhofsstr. 28 o. Fernruf 1020 und 1021 o. Volkshaus-Bibliothek: Durack, Hauptstr. 9. B. Baden. Postfachstr. 12. Rott. Postfachstr. 2. Offenburg, Postfachstr. 8

Nummer 232

Karlsruhe, Mittwoch, den 7. Oktober 1931

51. Jahrgang

Neues Kabinett Brüning

Gesamtdemission des Reichskabinetts - Brüning bildet sein zweites Kabinett - Vorwiegend auf das Vertrauen des Reichspräsidenten - Der Kurs der Nervosität
Ein Sprung ins Ungewisse

Aus Berlin wird uns gedruckt:

Die Reichsregierung tritt am heutigen Mittwoch vormittag um 9 1/2 Uhr zur Erörterung der politischen Lage zusammen. Auf Vorschlag des Reichskanzlers dürfte das Kabinett nach kurzer Beratung seine Gesamtdemission beschließen. Nachmittags will der Reichspräsident dem Reichspräsidenten Bericht erstatten, der ihn sofort mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Die neue Regierung soll möglichst noch am Mittwoch gebildet werden.

Trotzdem ist es vorläufig noch sehr fraglich, ob es Brüning überhaupt gelingen wird, die Splittergruppen seiner bisherigen Koalition zufrieden zu stellen, ohne zugleich die weitere Mitarbeit der Sozialdemokratie aufs Spiel zu setzen. Als Brüning's Wunsch ist, daß er sein bisheriges Programm keineswegs preisgeben gedenkt, aber persönliche Bedenken der Splittergruppen gegen einzelne Minister durch die Berufung neuer Mitarbeiter ausgleichen will. Nur zweifeln wir daran, daß die Volkspartei sich damit zufrieden geben wird. Ihr Führer Dingeldey hat bereits am Dienstag in vertraulichem Kreise unaufgefordert, jede Beteiligung an der gegenwärtigen Regierung Brüning ablehnt. Dasselbe Ziel ist die Reichsregierung mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen, und unter seiner Führung. Eine Rechtsregierung unter Hugenberg's Führung lehnt Dingeldey ebenfalls ab. Mit ihm wollen Wögel, Gilsa, Hugo und andere unter den ohnehin unangenehmen Umständen von Brüning los. Sie werden am kommenden Sonntag an den Beratungen der sogenannten „nationalen Opposition“ in Sarzburg teilnehmen und sich mit den Zielen und Absichten der Hugenberg- und Hitler'solidarisch erklären. Ob mehrere zur verarbeitenden Industrie zählende Reichstagsabgeordnete der Volkspartei, die dem Reichskanzler zu seinen neuen Bemühungen Erfolg wünschen, und ihm bereits ihre Unterstützung im Parlament auszusprechen haben, dem Reichspräsidenten Dingeldey's über nach Subvention lehrenden rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erfolgreich zu begegnen in der Lage sind, möchten wir zunächst noch sehr bezweifeln.

Vorläufig sehen wir jedenfalls noch nicht, wie der Reichskanzler für ein zweites Kabinett Brüning im Reichstag eine sichere Mehrheit erlangen wird. Noch steht die Zusammensetzung der neuen Regierung nicht fest. Außer mehreren Beamten sollen dem Kabinett möglichst Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsbereich angehören. Wer diese Persönlichkeiten sind, ist zunächst das Geheimnis des Herrn Brüning. Auf Wirth wird er als Innenminister vorausichtlich nicht verzichten, obwohl das Zentrum an der neuen Regierung nicht so stark wie bisher beteiligt sein soll und insgesamt nur zwei Minister stellen möchte.

Aber was nützen Herrn Brüning die strengsten Geheimnisse und die schönsten Pläne, wenn er sein Ziel nicht erreicht?

Hinter den Kulissen

BRN. Berlin, 6. Okt. (Via. Meldung.) In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Umbildung des Reichskabinetts innerhalb der nächsten 24 Stunden, also bis Mittwoch abend, vollzogen sein wird. Nachdem die Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder beendet ist, hat der Kanzler heute nachmittags seine Bemühungen um die Kabinettsveränderung wieder aufgenommen. Es handelt sich dabei vor allem darum, ein paar hervorragende Männer zu gewinnen, die in dem neuen Kabinett das Reichswirtschafts- und das Reichsverkehrsministerium übernehmen. Bisher steht hierzu nur fest, daß Geheimrat Schmidt das Wirtschaftsministerium abgelehnt hat. Es gilt aber immer noch als möglich, daß er das Reichsverkehrsministerium übernimmt. Die Gerüchte, wonach auch mit Dr. Wögel verhandelt wird, werden von unterrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet. Für das Reichsinnenministerium denkt man an eine energiegeliche und tüchtige Persönlichkeit, die vielleicht dem höheren Beamtenstand entnommen werden könnte. Das Außenministerium wird nicht durch einen neuen Minister besetzt werden, vielmehr wird der Kanzler es selbst übernehmen. Ursprünglich war daran gedacht worden, Staatssekretär v. Bülow mit der Wahrnehmung der Geschäfte zu beauftragen, damit der Kanzler von den Vorkaufereinsparungen und ähnlichen Aufgaben befreit wird. Diesen Plan hat man aber auch wieder fallen lassen, da Dr. Brüning die Verhandlungen mit den auswärtigen Missionen, z. B. die Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter über die schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, auch bisher schon in weitem Maße selbst wahrgenommen hat. Für das Justizministerium kommt in erster Linie der bisherige Staatssekretär des Ministeriums, Dr. Zoel, in Frage.

Es steht jetzt fest, daß das Gesamtkabinett am Mittwoch seine Demission vollzieht. Sie wird aber erst erfolgen, wenn die Verhandlungen des Kanzlers soweit abgeschlossen sind, daß das neue Kabinett gleich darauf vom Reichspräsidenten ernannt werden kann. Dieses zweite Kabinett Brüning hat nach Auffassung maßgebender Kreise vor allen Dingen zwei charakteristische Merkmale, einmal, daß die bisherige Außenpolitik fortgesetzt wird. Das zweite Moment ist die Bekräftigung des Vertrauens des Reichspräsidenten für Dr. Brüning. Der Reichspräsident hat damit die mannigfaltigen Ratschläge abgelehnt, die ihm von den verschiedensten Seiten erteilt worden sind, und erneut seine Zusammenarbeit mit Dr. Brüning dokumentiert.

In der Reichsregierung nobelstehenden Kreisen beurteilt man die parlamentarischen Aussichten des neuen Kabinetts dahin, daß die Sozialdemokratie zwar erklären wird, sie stehe dem neuen Kabinett mit einer größeren Skepsis gegenüber als der bisherigen Reichsregierung, daß sie aber doch zunächst abwartet, wie das neue Kabinett arbeite, und ihr erneut ihr Verantwortungsgesühl beweist.

Curtius von der eigenen Partei gestürzt

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, hat dem Reichskanzler unter dem 3. Oktober mit folgendem Schreiben um die Entlassung aus seinem Amt gebeten:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

In der Unterredung, die wir am Tage nach meiner Rückkehr aus Genf hatten, habe ich Ihnen erklärt, daß ich ohne Rücksicht auf die parlamentarische Lage aus der Reichsregierung ausscheiden möchte. In unseren Besprechungen blieb die Frage des Zeitpunktes und die Form offen. Ich hätte es nunmehr allseits für erforderlich, über mein Ausscheiden alsbald Klarheit zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, bei dem Herrn Reichspräsidenten meine Entlassung zu beantragen.

Mit ausgesetzelter Hochachtung Ihr sehr ergebener
ges. Curtius.“

Curtius geht als Opfer seiner eigenen Partei.

Bayerische Revolte oder bestellte Arbeit

München, 6. Okt. (Via. Draht.) Ueber die vertrauliche Sitzung der Reichsratsausschüsse, an der neben dem Reichskanzler und den Ministern Dietrich, Wirth, Stegerwald, der Reichsbankpräsident und die Ministerpräsidenten der Länder teilnahmen, gibt die amtliche bayerische Pressestelle einen Bericht, dem folgendes zu entnehmen ist:

An die Ausführungen des Kanzlers und des Reichsfinanzministers knüpfte sich eine lange Diskussion, in der die Ländervertreter ihre Bedenken gegen eine Reihe von Punkten der neuen Notverordnung geltend machten. Für Bayern verlangte Ministerpräsident Dr. Held eine andere Regelung der Zumeilungen der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge, lehnte die Umwandlung in der beabsichtigten Form ab und erhob Protest gegen die vorgesehene Regelung der Hauszinssteuer und des Sparkassenwesens. Er stellte in Aussicht, daß die Bestimmungen über diese beiden letzten Punkte in Bayern nicht durchzuführen würden, da es sich um verfassungswidrige Eingriffe in die Zuständigkeit der Länder handle. Schließlich stellte er die Frage, wie die Länder und Gemeinden an den Reparationsersparungen und an dem Müllgewinn beteiligt werden sollen und betonte zum Schluß, daß es unmöglich sei, in Bayern einen Staatshaushalt aufzustellen, wenn die Notverordnung in der vorgesehene Form durchgeführt werden müßte.

Ueber das Ergebnis der Konferenz enthält der Bericht keine Angabe. Es heißt darin nur, daß die ganze Sachbehandlung außerordentlich erschwert war, da der Wortlaut des Entwurfs der Notverordnung nicht vorlag und die Reichsregierung keine näheren Mitteilungen über seinen Inhalt gemacht habe.

Die neue Notverordnung unterzeichnet

BRN. Berlin, 6. Okt. (Via. Meld.) Wie wir erfahren, hat der Reichspräsident die Notverordnung gegen sechs Uhr abends unterzeichnet. Sie wird am Mittwoch veröffentlicht werden.

Der Vorstand der SPD-Fraktion sagt

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist in einer Sitzung am Donnerstag nachmittags einberufen worden. Der Inhalt dieser Sitzung liegt, wie das Nachrichtenbüro des SPD hört, in dem beabsichtigten Gesamttritt der Reichsregierung.

Brüning's Plötzlichkeiten

Von Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Eine Woche vor dem Zusammentritt des Reichstags werden wir mit der Nachricht von einer Umbildung des Kabinetts Brüning überrascht. Wir — das ist zunächst die Sozialdemokratie. Aber es ist außerordentlich wahrscheinlich, daß auch die übrigen Parteien, die bisher die Regierung gestützt und toleriert haben, vorher von den Absichten des Reichskanzlers nicht in Kenntnis gesetzt worden sind. Es war bisher immer nur die Rede von dem bevorstehenden Rücktritt des Außenministers — und auch diese Meldungen wurden dann gelegentlich wieder dementiert — aber erst am gestrigen Dienstag erfuhr man, daß außer Herrn Curtius auch Wirth und v. Guérard sich zurückziehen sollten, daß die beiden vakanten Ministerien, das der Justiz und das der Wirtschaft, wieder besetzt würden und daß außerdem der Staatssekretär Pänder und der Presseschef Zechlin ihre Plätze räumen müßten.

Sehen wir fürs Erste von der überraschenden Plötzlichkeit dieses Vorgehens ab und fragen wir uns nach dem tieferen Sinn, so liegt es auf der Hand, daß sich Brüning von zwei Beweggründen leiten läßt. Er will das Kabinett nach Möglichkeit entparlamentarisieren und zugleich die halbrechten Gruppen, die ihm bisher ihre Hilfe geliehen haben, bei der Stange halten. Gelingt es ihm, Personen zu finden, die außerhalb des Reichstags stehen, so lockert er die Beziehungen seiner Regierung zu den Parteien, er wird in seinen Entscheidungen unabhängiger oder glaubt wenigstens, es zu werden. Befördert er bisherige Staatssekretäre zu Ministern, so kann er damit rechnen, bei diesen Beamten im entsprechenden Falle auf weniger Widerstand und auf geringere Bedenken zu stoßen, als bei Leuten, die aus dem Parlament hervorgegangen sind.

Aber mehr bestimmend war zweifellos der Wunsch, die kleinen Gruppen rechts vom Zentrum zu beruhigen und zu befriedigen. Ihre Haltung war in den letzten Wochen mehr als unsicher geworden, und namentlich die Deutsche Volkspartei zeigte sich noch schwieriger als gewöhnlich. Man erinnert sich im übrigen daran, daß nach der Julitrippe Herr Dingeldey allenthalben zu verstehen gab, der Reichskanzler habe ihm die Umbildung des Kabinetts in sichere Aussicht gestellt. Ob das tatsächlich der Fall gewesen ist, läßt sich nicht nachprüfen. Jedenfalls aber wußte Herr Brüning um den Anspruch der Volkspartei und er bemüht sich jetzt, ihn zu erfüllen.

Ob es ihm freilich gelingen wird, ist einstweilen noch unsicher. Er versucht entsprechend den völksparteilichen Forderungen Männer der Wirtschaft, will sagen Vertreter des Unternehmertums, zu gewinnen. Aber es sieht nicht so aus, als ob die Angehörigen dieser Schicht sich nach einem mäßig bezahlten Posten in einem unsicheren Kabinett gerade drängen, und wenn der Reichskanzler dann schließlich in der Not dazu greifen würde, Herrn Dingeldey mit einem Portefeuille zu bedenken, und ihn etwa an die Stelle von Wirth zu setzen, so wird damit sicherlich nichts gewonnen, und der ursprünglich dem Umbau zugrunde liegende Plan wird schon stark verwässert, gar nicht zu reden davon, daß jedes der 30 Mitglieder der völksparteilichen Fraktion, Minister geworden, auf die sehr bald einsetzende Opposition der übrigen 29 gefaßt sein muß. Wir werden also abzuwarten haben, ob und wie diese Schwierigkeiten überwunden werden können.

Im übrigen erklären die amtlichen Stellen mit Eifer, daß die Umbildung des Kabinetts keine Rechtschwenkung bedeute. Das ist insofern richtig, als tatsächlich nicht an die Unterstützung der Hugenberg- und Hitlerleute appelliert wird, die ja auch heute schon das Festhalten an ihrer Opposition auch gegenüber der erneuerten Regierung Brüning proklamieren. Inbels, was heißt Rechtschwenkung? Tatsache ist und bleibt das Bestreben, den Regierungsparteien rechts vom Zentrum Entgegenkommen zu zeigen, und damit wird — wir brüden uns vorzüglich aus — der Eindruck erweckt, daß der Schwerpunkt der Regierung innerhalb des bisherigen Rahmens weiter nach rechts hin verlegt werden soll. Wirth geht und Schiele bleibt. Die Ausschiffung von Curtius muß in diesem Augenblick als ein Zugeständnis an die Nationalisten aufgefaßt werden. Männer, deren sozialpolitische Einstellung zum mindesten sehr zweifelhaft ist, werden als Ministerkandidaten genannt. Daß unter solchen Umständen bei uns, den

Sozialdemokraten, starke Befürchtungen wach werden, wird niemand verwundern können.

Brüning spielt ein riskantes Spiel. Er versichert, nicht nach rechts gehen zu wollen, aber er berücksichtigt bei der Bildung seines neuen Kabinetts die Wünsche seines bisherigen rechten Flügels und verzichtet auf eine Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie.

Einstweilen jedenfalls hat der plötzliche Entschluß Brünings seine Aussichten nicht verbessert, sondern verschlechtert, und es könnte sehr wohl sein, daß sich nach wenigen Wochen die Mühe, die er sich mit der Umbildung des Kabinetts gemacht hat, als überflüssig und vergeblich herausstellt.

Brüning vor den Ländervertretern

Berlin, 6. Okt. (Eig. Draht.) Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers fand am Dienstag in der Reichskanzlei eine Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats statt, zu der die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder in der Mehrzahl erschienen waren.

Der Reichsminister erstattete zu Beginn der Sitzung einen eingehenden Bericht über die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, wobei er sich insbesondere mit den aus der Krise des englischen Pfundes zu erwartenden Rückwirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und auf die deutsche Wirtschaft auseinandersetzte.

Im Anschluß an diese prozessmäßigen Erklärungen des Reichsfinanzministers erläuterte der Reichsfinanzminister Dietrich die in der Notverordnung vorgezeichneten Fragen. In diese Ausführungen schloß sich eine eingehende Diskussion, an der sich zahlreiche Mitglieder der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats und der Reichsbankpräsident beteiligten.

Im Verlauf seiner Rede kündigte der Reichsfinanzminister u. a. noch an, daß die Reichsregierung vom Reichstag eine Ermächtigung zu Verlängerung des Etatsjahres über den 31. März hinaus bis zum 1. Juli fordern werde, daß die große internationale Finanzkonferenz wahrscheinlich Anfangs Dezember stattfinden wird, und die Regierung nunmehr auf die „schlaarartige“ Herabsetzung der Preise bestehen werde.

Eine Partei Hitler-Hugenberg

Gemeinsame Fraktionsführungen

Berlin, 7. Okt. (Funkdienst). Die Freundschaft zwischen Hitler und Hugenberg geht bereits soweit, daß am kommenden Sonntag in Hatzburg eine gemeinsame Sitzung der deutschnationalen und nationalsozialistischen Fraktionen des Reichstags und des preussischen Landtages, des Reichs- und Staatsrates stattfindet.

Hoovers Pläne

Washington, 6. Okt. Im Weißen Hause wird heute Abend Hoover mit den führenden Mitgliedern beider Parteien über die Maßnahmen zur Behebung der durch die europäische Finanzkrise geschaffenen Krise beraten.

Washington, 7. Okt. (Funkdienst). Der amerikanische Staatspräsident Hoover erklärte in einer Presskonferenz: Die geplante Abendkonferenz wird hauptsächlich inneramerikanische Angelegenheiten behandeln, obwohl diese Angelegenheiten natürlich durch die wirtschaftlichen Zustände in Europa mit hervorgerufen sind.

Im Vorberand der alsdann begonnenen Beratungen stand die prekäre Kreditlage auf dem amerikanischen Markt. In diesem Zusammenhang wurden die Investierungen des amerikanischen Privatkapitals in Deutschland, über deren Übernahme durch die Bundesbanken seit längerer Zeit zwischen Regierung und Finanzminister verhandelt wird, erörtert.

19 amerikanische Banken einen Tag geschlossen

Die Franklin-Trust-Comp. in Philadelphia, die vier Zweigstellen unterhält und über Anlagen in Höhe von 22 Millionen Dollar verfügt, hat ihre Schalter für die Dauer eines Tages geschlossen.

Die englischen Neuwahlen

Am 27. Oktober Wahltermin

London, 6. Okt. (Eig. Draht). Das englische Parlament wird am Mittwoch aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 27. Oktober statt. Als Ramsfords wird die Regierung gegenüber der Wählerschaft die nationale Einigkeit proklamieren.

Das einzige Kontext, über das sich die in der Regierung vereinigten Parteien verständigen konnten, ist die Forderung: Freie Hand für Macdonald.

In Wirklichkeit aber werden die Konservativen die Politik der „nationalen“ Regierung bestimmen, wenn sie bei den Wahlen die erwartete Mehrheit erlangen.

Macdonald wird sich in Seabam, seinem alten Wahlkreis als Parlamentsmitglied aufstellen lassen.

Die liberale Gruppe um Sir John Simon hat sich bereits zu einer Nationalliberalen Partei zusammengeschlossen. Damit ist der Bruch der Liberalen besiegelt und der Anfang zu einer Organisation geschaffen worden, die bei der Wahl die konservative Parteiorganisation ergänzen kann.

Die Labour-Party wird die Parlamentskandidaten der Unabhängigen Gruppe in Zukunft nur unterstützen, wenn diese sich der Parteidisziplin unterwerfen, d. h. wenn sie sich bereit erklären, ihre Stimme im Sinne der Mehrheitsentschlüsse der Fraktion auszusprechen oder aber sich der Stimme zu enthalten.

Das Gesetz gegen Lebensmittelwucher im Unterhaus angenommen

London, 6. Okt. Der Gesetzesentwurf gegen Lebensmittelwucher wurde heute in dritter Lesung vom Unterhaus angenommen.

Englands Außenminister in Paris

Paris, 6. Okt. (Eig. Draht). Der englische Außenminister Lord Reading hat am Dienstag nachmittag in Begleitung seines Kabinettschefs Selby, des Finanzkontrollieurs Sir Frederick Leith Ross und des Direktors der westeuropäischen Abteilung des Foreign Office, bei seinem heutigen Antrittsbesuch in Paris den Vertreter Briand's auf dem Bahnhof begrüßt und begab sich zugleich zu der englischen Botschaft, wo er während seines Pariser Aufenthaltes wohnt. Die politischen Besprechungen beginnen am Mittwoch.

Unerhörter Unternehmerstarrsinn

„Reichsminister Stegerwald“ über aktuelle Fragen

Im Verlauf einer Ausschußtagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes führte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald zu den aktuellen politischen Fragen u. a. folgendes aus:

„Wenn die Reichsregierung von dem Reichstag gestützt wird, dann wären die Folgen nicht abzusehen. Wahrscheinlich würde dann das mühsam aufrecht erhaltene Gebäude unserer Volkswirtschaft erneut ins Wanken geraten und ob es dann möglich sei, eine Inflation zu verhindern, sei sehr zweifelhaft. Immerhin müßte versucht werden, eine Reihe von Ueberbinnungen auf verschiedenen Gebieten zu beseitigen. Auch die Sozialversicherung würde noch Veränderungen über sich ergehen lassen müssen. Ihr seien eine Reihe Vorschläge aufgeführt worden, die unter den Begriff der Fürsorge fallen, und mit der Berücksichtigung nichts zu tun hätten. Sehr pessimistisch äußerte sich Stegerwald über die Finanzlage der Unfallversicherung.“

Ausführlich sprach Stegerwald über die Lohn- und Gehaltsfrage. Es sei ganz ausgeschlossen, daß er in einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit und der Währungsnotlage mit staatlichen Mitteln allein die Löhne hochhalten könne. Mit der Verbindlichkeit und allgemeinen Verbindlichkeitsklärung der Schiedsrichter sei nur wenig anzufangen, wenn, wie z. B. im Baugewerbe, 80 Prozent aller Berufsangehörigen arbeitslos sind. Selbstverständlich werde er zu seinem Versprechen, daß weder an der Handlung des Tarifvertrags noch an der Anerkennung der Gewerkschaften gerüttelt werde.

Es sei angesichts des furchtbaren Ernstes der gegenwärtigen Lage eigentlich dringender notwendig, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich selbst verantwortlich über die schwierigsten Fragen einigten. Auf kurze hin erklärte der Minister, er wisse, daß bei vielen Arbeitgebern augenblicklich jeder Einigungsversuch fehle, vor allem seien die maßgebenden Leute der rheinisch-westfälischen Sägewerksindustrie von einer geradezu unerhörten Starrheit. Nachdem der Minister noch einige Angaben über die Finanzlage und über die Frage der Hausinspektoren machte, schloß er mit der Wendung, daß Deutschland furchtbar arm geworden sei und wieder ein billiges Land werden müsse.“

Keine österreichischen Postanweisungen nach dem Ausland

Wien, 6. Okt. Die Postdirektion erklärte heute vormittag die Einstellung des Postanweisungswesens bis auf weiteres nach dem gesamten Auslande, nachdem gestern bereits eine teilweise Sperreung des Postanweisungswesens erfolgt war. Grund der Maßnahme ist die Beobachtung, daß infolge Kursdifferenz ausländischer Währungen bei der amtlichen Umrechnung und im freien Handel mittels Postanweisungswesens Spekulationen einsetzten.

„Die junge Garde“ flunkert

Die Junge Garde ist das Organ des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und erscheint jeden Mittwoch und Sonntag. Dem Kopf der Jungen Garde vom Sonntag, 20. September, entnehmen wir, daß die Zeitung im Jahre 1906 gegründet wurde und im 15. Jahrgang erscheint. Diese beiden Angaben sind charakteristisch für die ganze Zeitung und genau so auf bewusste Fälschung der Leser eingestellt, wie der Inhalt der ganzen Zeitung.

1906 gründete Ludw. Frank, der Führer der süddeutschen Arbeiterjugend, die Junge Garde und gab sie in Mannheim heraus. Das Ziel der Zeitung war: die Erziehung der Jungarbeiter zu aufrechten und bewußten Sozialdemokraten, Bekämpfung des Militarismus, Erkämpfung eines umfangreichen Jugendschutzes und Rechtes.

Diese Zeitung der süddeutschen Arbeiterjugend, die sich durch ihre aktive Arbeit, ihre angreifende Schärfe, durch ihren unerschütterlichen Mut, vor allem aber durch ihre absolute Zuverlässigkeit des benutzten Materials auszeichnete und sich einen Namen machte, vereinigte sich beim Zusammenschluß der süddeutschen und norddeutschen Arbeiterjugend mit der Zeitung des norddeutschen Verbandes zur Arbeiterjugend, die auch heute noch das Organ des sozialistischen Jugendverbandes ist.

Die Junge Garde des KPD hat nicht das Recht, sich als Nachfolgerin dieser Jungen Garde anzusehen und sie würde auf tun, die Nummer ihres Jahrganges und das Jahr ihrer Gründung entsprechend zu berichtigen.

Nicht nur politisch, sondern auch bei Betrachtung des Inhalts der Zeitung, muß man ihr die berechnete Nachfolge absprechen: An Stelle der klaren geistigen Linie unseres alten Organes ist ein absolutes Nichts getreten. Geistige Schulungsarbeit wird in und durch die Junge Garde nicht geleistet. Die Schärfe im Angriff ist einer kleinsten Gehässigkeit und einer verbißenen Debe gewichen. Und die Zuverlässigkeit des Materials? Na, bei dem soeben Vorangegangenen ist klar, daß sie überhaupt nicht vorhanden ist, daß Gewissen- und Verantwortungslosigkeit die kleinsten Blüten in dem jeweils 6 Seiten umfassenden Blatte treiben.

Selbstverständlich hat die Zeitung auch ein Ziel. Ihr Kampf, ihr Angriff, ihre Debe, ihr Geifer und ihre armelose Mut gilt der sozialistischen Arbeiterjugend und der sozialdemokratischen Partei, also unserer Bewegung und unsern Führern.

Die Zertrümmerung, die „Liquidierung“ der SAJ, ist also ihr Ziel. Das es ein unerreichtes ist und bleiben soll, zeigen die Erfolge der SAJ, gerade im Bezirk Baden und wird in Zukunft noch eindeutiger zutage treten.

Die geistigen Anforderungen, die die Junge Garde an ihre Leser stellt, sind direkt minimal. Wenn man z. B. in der oben genannten Nummer einen SAJ-Genossen, den man als Lescher bezeichnet, über die heutige Zeit fragen läßt: „Nicht mal mehr auf Fahrt kann man gehen und wir wollten gerade am Sonntag einen neuen Volkstanz einüben und dann über die „Aufklärung der Großstadtkindern“ diskutieren“, beweist man eine absolute Unkenntnis der SAJ, und ihrer Arbeit. Gerade die Vorbereitungen zur Winterarbeit, die sowohl der Bezirksvorstand als auch von den Ortsvereinsleitungen getroffen sind, zeigen, daß die SAJ, die politische Arbeit und die Diskussion der politischen und wirtschaftlichen Tagesereignisse in den Vordergrund stellt. Und wollte man die in den vergangenen Jahren geleistete wissenschaftliche Schulungsarbeit neben die des badischen KJ stellen, könnte letztere verdammt leicht dabei wegsinken.

In gleicher Nummer könnte man den ersten Abschnitt des ersten Artikels überschreiben: Völkergewißheit zurechtfinden — sehr gut — Rechnen — schwach! Man spricht vom Matrosenstreik in England, erzählt, daß die Matrosen auf die 2-Prozentige Lohnkürzung mit Gehobensverweigerung antworteten und fährt dann fort: Ihr Tageslohn von 5,25 £ soll um 95 Pf. (20 Prozent) gekürzt werden. Während den Kantinen z. B. nur 1,80 £ (10 Prozent) von 37,20 £ Tagesgehalt gekürzt werden soll. Daß die Junge Garde von 2-Prozentiger Kürzung spricht, ist ihre Sache, daß sie (mit ihren Angaben über Sold und Urlaub als richtig zu Grunde gelegt) den 18-prozentigen Abzug der Matrosen zu einem 10-prozentigen Abzug bei Kapitänen spricht, da es doch nur 4,8 Prozent sind, ist nicht zu verstehen. Entweder ist die Kenntnis der Dinge in England nicht weit her, oder man glaubt so eher zu einem englischen Schwinger zu kommen.

Im gleichen Artikel lautet das Ende eines Satzes: „— denn auch in Deutschland wird den Schubobeamten auf dem Wege der Notverordnung ihr Gehalt gekürzt.“ Das Fragezeichen dahinter deutet scheinbar an, daß die Redaktion der Jungen Garde die Angabe selbst nicht glaubt, daß sie von ihrer Unrichtigkeit weiß.

In gleicher Nummer fordert ein Artikel die Schaffung der Einheitsfront der Jugend und schlägt vor, unter den Fahnen des KPD, der unaufhaltsam vorwärts schreite (wer laßt da in Baden nicht) zu marschieren. Der ganze Artikel wäre nicht der Rede wert, wenn nicht ganz klar ausgedrückt wäre, daß die KJ, unter der Führung der KPD, steht und arbeitet. Wiser wollte man stets die SAJ-Genossen an eine eigene Zielform und Selbstverwaltung der KPD, glauben lassen.

Von unerhöhtem Mute ist in der Redaktion der Jungen Garde auch nichts zu spüren. Wir sprechen nicht als Feinde an, wenn sich die Redaktion durch geschickt geleitete Fragezeichen juristisch vor Verböten schützt, aber es mutlos und feige müssen wir annehmen, wenn behauptet wird, in Rußland gibt es keine Arbeitslosen mehr, statt zu zeigen, wie es tatsächlich in Rußland ist und welche Schwierigkeiten und Konflikte dieses Kleinreich und seine Entwicklung bedrohen. Als mutlos und feige muß angeprochen werden, wenn immer wieder festgestellt wird, falls SPD, und KP, zusammenhalten, sind die Notverordnungen erledigt, wenn man — bar jeder marxistischen Auffassung und Anschauung — die Not weiter Kreise auf einige Notverordnungen zurückführt. Wo ist euer Mut, der auch laßt, daß in der Krise die wirtschaftliche Abwehrkraft des Proletariats vermindert ist, wo der Mut, der feststellt, daß die Verhinderung des Faschismus eine Grötkat des Proletariats ist; wo der Mut der in Zeiten der Krise und schwersten Not die Grenzen unserer Macht auch der Masse aufzeigt? In den Spalten der Jungen Garde ist nichts davon zu sehen und zu hören. Sie berichtet von Massenflucht in die KPD, von Erfolgen des KPD, sie bildet zerrissene Mitteilungsblätter der SAJ, ab als Beweis für die Massenübertritt und zählt dann, es ist nicht zu glauben — fünf Leute namentlich auf, die in fünf verschiedenen Städten aus der SAJ, aus dem BvD, und sonstigen Organisations übergetreten seien.

Man stüt über der Jungen Garde, liest sie und streicht alle zweifelhaften Stellen und solche, die offensichtlich geflunkert sind, rot an, und schließt am Schluß den Kopf. Sie flunkert — sie flunkert.

Die russische Suggestion

Der Sowjetische Regieapparat und seine Opfer
Von Leo Friedmann

Die russische Grenze. Der Zug fährt langsam in die Sowjetunion ein.
An den Grenzsäulen rote Kieselsteinen mit deutscher Aufschrift: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Eine Musikfelle spielt die Internationale. Der Komjomo (kommunistischer Jugendverband) und die Betriebsdelegation des Gouvernements bereiten uns einen begeisterten Empfang. Die deutsche Arbeiterdelegation wird begrüßt: Genossen! Die russischen Bauern und Arbeiter haben 1917 unter Führung Lenins die Macht erobert. Sie haben die Kapitalisten und Großgrundbesitzer samt ihren sozialverräterischen Helfershelfern zum Teufel gejagt. Macht es uns nach, deutsche Genossen! Ein deutscher Arbeiter antwortet: Wir versprechen den russischen Führern, nach unserer Rückkehr mit aller Kraft an der Errichtung Sowjetdeutschlands zu arbeiten. Es lebe der Arbeiter- und Bauernbund aller Länder!

Wer dies sagt, ist oft ein müderer, durch die Schule des deutschen Sozialismus geangener Arbeiter. Mit der Ueberlieferung der russischen Grenze ist er in seinen schweren inneren Kampf eingetreten; soll er seine kritische Einsicht anwenden — oder soll er sich den neuen Eindrücken hemmungslos hingeben? Soll er sich in den ihm herum erzeugten Kaufhaufen hineintreiben lassen — oder soll er den geistigen Traditionen seiner sozialistischen Erziehung folgen, die ihn gelehrt haben, zwischen Phantasie und Wirklichkeit scharf zu unterscheiden? Durch zwei Faktoren wird die Widerstandskraft des ausländischen Sozialisten allmählich ausgehöhlt: durch die beispiellose Regie des Sowjetapparates und durch den fortwährenden, jugendlichen Kibitzismus, den das russische Volk auf das gesellschaftliche Leben ausstrahlt. Wollig kann sich kein lebendiger Mensch diesem mächtigen Bann entziehen. Und es wäre eine allzu vereinfachte und falsche Vorstellung, wollte man die intensiven Ausstrahlungen des russischen Volkes auf das gesamte russische Leben ausschließlich auf das Konto der Regie setzen. Vielmehr ist dies Regie — selbst ein Teil dieser eigenartigen Volkssphäre. In diesem hochbegabten, schwer zu ergründenden Bauernvolk ist eine unerhörte Phantasie lebendig, die allen Dingen ihre Erdenschwere nimmt, und sie in ein Wundertraumland hinaufführt. Daraus erklärt sich auch die übernatürliche Opferbereitschaft und die Fähigkeit, Not und Entbehrung in für uns unentbehrlichen Ausmaßen zu ertragen. Die Regie hat hier nur die Funktion, die phantastisch-künsterlichen Energien der Volksmassen zu entfesseln und sie auf ein bestimmtes Ziel zu lenken. Wenn der Sowjetregime trotz der wachsenden Enttäuschung und Mißstimmung in der Bevölkerung eines gelungen ist, so doch der Versuch, die Interessen des Volkes immer wieder von den konkreten Dingen der Wirklichkeit abzulernen und sie irgend einer Zukunftsidee zu weihen. Immer wieder dieser begeisterte Anlauf auf ein illusionäres Zukunftsvorhaben, um desto williger man die Gegenwart außer Acht läßt. Je mehr sich aber das Denken und die Phantasie der Gegenwart entfremden, desto geringer wird die Aussicht, die Zukunft von den wirklichen Verhältnissen her zu untermauern, desto mehr steht das Zukunftsideal im luftleeren Raum.

Aber die schier grenzenlose Zukunftsläufigkeit breiter Massen, die dem Volkshemismus vielleicht feindselig gesinnt sind, aber von der Erregung des Augenblicks mitgerissen werden, greift mächtig auf den deutschen Arbeiterdelegierten über. In der Nachbarschaft von der Grenze nach Moskau wiederholt sich das Begrüßungsritual. Dunkle Menschenmassen an den Stationen, die Gestirter ausfallend abgehört. Aber die Szene der Verbrüderung mit den ausländischen Arbeitern schneidet die Illusionsorgane momentan fort.

Wie einfach stellt sich die Problematik der Weltrevolution in diesem Lande dar! Die sechsjährigen haben nicht viel anderes darüber auszusagen wie die sechsmonatigen. Ob man eine Rundgebung der Pioniere (Kinderorganisation), des Komjomo oder der Partei besucht: überall ein kindliches Staunen darüber, daß die deutschen Arbeiter es den russischen nicht „nachgemacht“ haben. Und dies trotz der täglichen Siegesnachrichten über die kommunistische Bewegung in allen Ländern? Wer trägt die Schuld an dieser widerprüchlichen Entwicklung? Natürlich nur die Sozialdemokraten, die „Kaffen der Bourgeoisie“ in der kapitalistischen Welt. Die Madonabild, Stumm, Wels betrügen die Arbeitermassen, so lautet die Generalthese, die in tausendfachen Abwandlungen durch Karikatur, Kabarett, Radio, Kino und Rede den Massen eingeschmeichelt wird. Vergessen sind die aus dem geschichtlichen Ringen der Klassen herausgewachsenen Lehren von den Beziehungen zwischen proletarischem Volk und objektiver Bewusstheit des Klassenkampfes. Die kämpferische, marxistische Tradition — das teuerste Erbe der russischen Bewegung für das internationale Proletariat — ist in die Massen und Kibitzler verbannt. In diesen Remonierinstituten, die ein für sich abgeschlossenes Sonderdasein führen, findet sogar Kautsky noch einen Platz.

Die Abhängigkeit von der marxistischen Tradition und ihre Unfähigkeit in ein bildhaft-primitives Geschichtsbild, gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Sowjetregie. Auf der jugendlichen Einprägsamkeit dieses bildhaft-unmittelbaren Entwicklungsschemas beruht die geistige Macht des Systems, gerade daraus sieht es auch seine Sympathien aus breiten Arbeiterkreisen des Auslandes. Die Bestrebungen der Regie sind auch für den Arbeiterdelegierten sichtbar darauf ausgerichtet, ihn diesem Denkschematismus anzupassen.

Mit einer unbeschreiblichen psychologischen Routine wird der Geisteszustand des ausländischen Sozialisten eingeeignet. Keinerlich ist er frei. In Wirklichkeit aber ist ein fester Ring um ihn geschmiedet. Ein gekaufter Kreis von hochgeweihten Funktionären umlagert ihn. Die Umklammerung ist psychisch stärker als körperlich zu wirken. (In der Delegation, der ich angehörte, wurde ein besonders eifriger Ueberwacher auf unsere Bewusstheit anstandslos zurückgezogen, dafür die unsichtbare Ueberwachung desto schärfer durchgeföhrt. Ich beobachtete eine damals noch jugendliche Arbeiterbildungsorganisation zu besuchen. Nach vielen Quertreibern gelang es den Bolschewisten, mich schließlich von den Funktionären der Organisation abholen zu lassen. Dadurch hatte man sich die Kontrolle gesichert. Einige Wochen später war die Organisation auch tatsächlich verboten und ihre Funktionäre hinter Schloß und Riegel.)

Es gehört viel kritische Energie und ein besonders ausgeprägtes Gefühl für persönliche Freiheit dazu, den Druck zu empfinden, der dort auf den Ausländer ausgeübt wird. Noch schwerer ist es, sich diesem Druck für eine bestimmte Zeit demütig zu unterwerfen. Dies wird ganz deutlich bei den Hunderten von Betriebsbesichtigungen, denen sich die Delegationen unterziehen. Sobald man den Betrieb betritt, tritt die Begleitmannschaft der Delegation in den Hintergrund und man ist von einer Schar von Arbeitern umgeben. Es handelt sich um die schreibenden „freigelegten“ Betriebsfunktionäre, an ihrer Spitze als besonderes Paradebuch der „rote Direktor“. Die ausgebildeten Selbstverwaltungskörperchaften im russischen Betrieb sind deshalb besonders imponant, weil sie die revolutionäre

Freistaat Baden

Kummel ums bunte Tuch

Röhm — Jagow — Lubin

Man schreibt uns:
Der Tam-Tam, den die Nazis in der letzten Woche in Karlsruhe veranstalteten, hat wieder einmal gezeigt, wie leicht gewisse Bevölkerungsfreie auf jede Nahe hineinfallen. Das Bürgertum offenbarte bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß es aus den harten Lehren der Kriegsjahre nichts gelernt hat, und die Schicht der höheren Führer gab wieder einmal Kenntnis davon, daß das bunte Tuch, auch wenn es nur in nationalsozialistischer Monotonie erstrahlt, immer noch seine Wirkung auszuüben vermag. Es verlohnt sich daher einmal aus der Reihe der großen Korruptionen, welche in der nationalsozialistischen Revue letzte Woche in Karlsruhe geboten wurden, ein paar Namen herauszugreifen, um daraus ein Charakterbild der Nationalsozialisten zu entnehmen. So sprachen letzte Woche:

Stabschef Ernst Röhm,
Gruppenführer von Jagow,
Oberführer Lubin.

Diese drei Namen verknüpflichen drastisch den Charakter der Nationalsozialisten: Ernst Röhm, der ehemalige Offizier, der nach dem mißglückten Münchener Putsch als Landsknecht in südamerikanischen Republiken sich betätigte, um dann, nachdem er dort abgehalftert wurde, in Deutschland staatsgefährliche Zerkleinerungsarbeit bei den Nationalsozialisten zu treiben; Lubin, der von den Nationalsozialisten zu einer militärischen Größe aufgepumpt wurde, der sich von rechts her bemüht, das Reich zu verlassen, derweil sein ehemaliger, zu den Kommunisten übergegangener Leutnantskamerad Scheringer sich bemüht, das gleiche von links her zu unternehmen; von Jagow, ein Mitglied jener preußischen Junkerfamilie, die in der Vorkriegszeit bereits als Feind aller Volksrechte und als Gegner des Aufstiegs der Arbeiterklasse bekannt war.

So sehen die Leute aus, welche als Nationalsozialisten dem deutschen Volk ein „drittes Reich“ bringen wollen. Wie dieses dritte Reich aussehen würde, kann man diesen Namen entnehmen. Man sollte es nicht für möglich halten, wie sich weite Kreise des deutschen Bürgertums durch eine alles dahergewogene überbietende Nahe und Hebe dazu verführen lassen, jenen Kreisen in den Sattel zu helfen, die nur ein Ziel kennen: Zerschlagung und Vernichtung der deutschen Volkswirtschaft, um das einst herrschende preußische Junkertum wieder in den Sattel zu setzen. Wahrlich, hier ist es am Platze, zu rufen: Deutschland erwache!

Räteradition verkörpert. Und sie haben in der Tat noch in der Zeit des Kriegskommunismus ihre Bedeutung gehabt, als die Arbeiter vielfach der Planlosigkeit des Regimes ihre eigene Initiative gegenüberstellten und die Betriebe vielfach selbständig zu reorganisieren begannen. Heute aber, in der Zeit des „sozialistischen Wettbewerbs“, d. h. der unbeschulden Ueberfunden und hegenden Revolte, haben diese Körperchaften eine grundlegende Funktionswandlung durchgemacht. Sie sind ein, dem Betriebsleben als gleichsam übergeordnetes Organ mit diktorischen Vollmachten anvertraut. Traust und Planwirtschaftskommissionen in Gemeinschaft mit den Organen der staatlichen Zwangsamerwirtschaften vollziehen die Anleihe der oberen Funktionskräfte. Die öffentlichen Wahlen im Betrieb sind eine glatte Farce.

Die Wirklichkeit des Sowjetbetriebs bleibt hinter einer Kulisse verborgen. Die hierarchische Betriebsbürokratie verdeckt die entscheidenden sozialen Aufgaben. Man sieht eine Reihe „Erzungen“, die zweifellos hoch zu bewerten sind, die aber in ihrer sozialen Bedeutung unserem Volksgemeinschaftsideal nicht entsprechen. Die Bürokratie ist den Arbeitermassen entfremdet. Der mehrmals wiederholte hochgeweihte Sturm auf die vorteillose Teile der Belegschaft ist mißlungen. Es ist lediglich ein jugendlicher Sektor, der noch positiv im Betrieb verankert ist und mit Stolz seine geschmackvoll hergerichteten Lenin-Eden, Wandzeichnungen, Klubs usw. zeigt.

Wer sich genügend kritische Durchsicht bewahrt und immer wieder verurteilt, über den engagierten Rahmen der Betriebshierarchie hinausschaut, wird auch im Betrieb wie überall auf oppositionelle Elemente stoßen. Und hier macht der deutsche Sozialist die bittersten Erfahrungen seiner Russlandreise. Wo man auch auf Reaktionen des Proletes stoßen mag, überall erschöpft er sich in flehlicher Rästel und Resignation. Nachdem man die marxistische Arbeiteropposition ohnehin vernichtet hat, fehlt die bewegende Kraft, die dem gesellschaftlichen Leben erst seine Antriebe und sozialen Zielsetzungen geben könnte. Bürokratische Schriftleiter haben oft von der „Kollektivierung“ des russischen Lebens geredet. Aber diese Typisierung und Kalernierung des Lebensprozesses ist nur der andere Ausbruch für den ökonomischen Leerlauf, für die amerikanisierende Entfremdung der menschlichen Produktion, für den Zahlenmythos, der das Leben durchsetzt und all die bewundernswerten körperlichen Energien dieses bewundernswerten Volkes in Leere stoßen läßt. Und die Rebrichte dieser „Kollektivierung“ ist eben jener nörrende Kleinbürgerliche Gaioismus, dieser Rückzug des dem solidarisieren Kampf entzogenen Proletariats auf eine individualistische Position.

Wer hat diesen kritischen, diese Erfahrungen, die wir an dem privilegierten Teil der russischen Bevölkerung, am Industrieproletariat, machen mußten, an anderen Lebensprovinzen zu erheben. Wir besuchten ein Dorf, das noch die typischen sozialen Schichtungen vor der Zwangskollektivierungstampanne aufwies: Landarbeiter vor der Zwangskollektivierung, Kleinbauern (mit einem Hof) auch (ohne jedes Eigentum), Kleinbauern (mit einem Hof) auch „Kulak“ (plus 2 Kühen). Man führt uns in eine Dorfverammlung. Dort beginnen die sozialen Interessensgruppen aufzubrechen. Eine öffentliche Abstimmung (besser: offene Drohung) bricht die Sache einfach ab.

Ein Massenansturm in Tiflis. Insanen: Aufständische aus einer georgischen Provinz. Ein Saal mit etwa 30 Gefangenen, die dort schlafen und sich darin ständig aufhalten. Eine nervöse Erregung, die irgendwo losbricht, ist das Signal zu einer kleinen Rebellion. Aber welche ein trostloses Bild bietet sich dar! Ein Pope betet, ein Halbverrückter deklamiert auf einem Stuhl Gedichte, andere schreiben usw. Das Ganze verläuft ohne jeden Sinn.

Es ist der Fluch dieser Diktatur, daß der Terror ihr zwangsläufig, unheilvolles Ergebnis sein muß. Selbst das Gute, was sie schafft, selbst der Heroismus, den sie auslöst — es wird zum toten Geleth, weil die Menschen davon nicht innerlich erfaßt werden. Der Sozialismus aber ist ein Zustand, dessen Wirkungen sich in den lebendigen Menschen widerspiegeln müssen.

Sind wir „Antibolschewisten“? Nein, wir sind es nicht, auch wenn wir uns unser Urteil nicht von den bürgerlichen Lobrednern des Sowjetregimes vor schreiben lassen. Karl Marx hat uns gelehrt, das Welen vom Schein auseinander zu halten. Wir sehen die ungeheuren Kräfte des russischen Proletariats am Werk und wir warten auf den Tag, an dem sie ihre volle sozialistische, sozialdemokratische Verwirklichung sich erkämpfen werden.

Badens Vertretung im Reichsrat

WTB Karlsruhe, 6. Okt. Infolge des Ausscheidens des Gefandten Donold ist Ministerialdirektor Dr. Fecht in Berlin zum stimmführenden Bevollmächtigten im Reichsrat und der bei der badischen Vertretung in Berlin beschäftigte Oberregierungsrat Dr. Sauer zum stellvertretenden Bevollmächtigten bestellt worden.

Verjäherte Verjährungsbestimmungen bei den höheren Schulen

In einer im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt erschienenen Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts ist der bekannte § 18 der Schulordnung für die höheren Lehranstalten vom 21. Juni 1926 folgendermaßen geändert worden:

Schüler, die am Ende des Schuljahres das Lehrziel der Klasse nicht erreicht haben, dürfen nicht in die höhere Klasse versetzt werden. Falls jedoch ein Schüler nur in einem verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgangsfach wenigstens ziemlich gut und im ganzen genommen zur Verjähung reif ist, kann ihm ausnahmsweise die Verjähung gewährt werden. Ausdrücklich wird aber bemerkt, daß die Verjähbarkeit nach Obertertia und nach Obersekunda hierbei besonders eingehend zu prüfen ist. Wenn der Schüler am Ende des folgenden Schuljahres wieder im gleichen oder in einem anderen wissenschaftlichen Unterrichtsfach ungenügend ist, so ist ihm alsdann die Verjähung zu versagen. Auf den möglichen Eintritt dieser Folge ist in dem Jahreszeugnis, das die ungenügende Note enthält, ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen.

Des weiteren ist von großer Bedeutung die neue Bestimmung, daß Schüler der Obersekunda nur dann nach Unterprima versetzt werden, wenn sie am Ende des Schuljahres die Durchschnittsnote drei in den verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgangsfächern erhalten haben. Dabei kann die Note fünf in einem verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgangsfach durch die Note zwei oder eins in einem anderen verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgangsfach ausgeglichen werden. Dieser Ausgleich ist nicht möglich, wenn der Schüler schon mit einer ungenügenden Note in einem verbindlichen wissenschaftlichen Fach in die Obersekunda versetzt worden ist. Schüler, die die Durchschnittsnote vier erhalten, wird ein Abgangsausweis über den erfolgreichen Besuch der Obersekunda erteilt.

Was das Ueberpringen eines ganzen Jahreslaufes anbelangt, so kann dieses nur ganz ausnahmsweise und mit besonderer Genehmigung des Unterrichtsministeriums stattfinden. Voraussetzungen dafür ist, daß ein Schüler bei vorzeitigem Abbruch durchsabit, sich und gute Führung besonders ausgezeichnet und sich alle diejenigen Kenntnisse erworben hat, welche für die Klasse, in welcher er aufsteigen will, erforderlich sind.

Oesterreichische Bundesversammlung wählt Präsidenten

Beabsichtigte Volkswahl abgelehnt

Wien, 6. Okt. (Ein. Draht.) Die Christlich-Sozialen haben dem Großdeutschen Antrag auf Rückverlegung der Wahl des Bundespräsidenten in die Bundesversammlung zugestimmt. Infolgedessen wird die für den 18. Oktober anberaumte Volkswahl des Bundespräsidenten widerrufen und die Wahl in der nächsten Woche in der Bundesversammlung vorgenommen.

Rücktritt des spanischen Ministerpräsidenten

Madrid, 7. Okt. In der gestrigen Sitzung der Cortes verließ Ministerpräsident Amador Infolae eines Zwischenfalls seinen Platz auf der Ministerbank und nahm in seinem Abgeordnetenstempel Platz, wobei er erklärte, er sei zurückgetreten.

Die Angestelltenkammer über die Lahusen-Broschüre

Wir lesen in dem amtlichen Organ der Bremer Angestelltenkammer folgendes Urteil über die Lahusen-Schrift:

„Die Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat ein Heftchen von 16 Seiten herausgegeben, dessen Verfasser Alfred Hauß, der Chefredakteur der Bremer Volkswirtschaft, als langjähriger Kenner der deutschen Wirtschaftsumstände, Taten und Gefinnungsaussagen der leitenden Personen des Nordwolle-Konzerns sehr genau kennt. Das Heftchen ist sehr populär geschrieben, um auch dem einfachsten Staatsbürger zu zeigen, wie hier sogenannte „Führer der Wirtschaft“ es fertig brachten, 240 Millionen Reichsmark, die nicht etwa ihnen gehörten, zu verwirtschaften.“

Die Einblicke in die bremische Wolltextilwirtschaft, die Aeußerungen verständnisvoller sozialistischer Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung und der deutschen Notlage, das alles gibt viel Anlaß zum Nachdenken demjenigen, der bereit ist, darüber nachzudenken, wer wohl der eigentlich schuldige Teil am Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft ist.“

Diese Würdigung durch die Angestelltenkammer zeigt, daß auch in den Kreisen der Handlungshelfer die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems wächst. Die unter dem Titel „Das Panama der Nordwolle“ bereits in über 100 000 Exemplaren verbreitete Broschüre ist zum Preise von 10 Pfennig in unserer Volksfreund-Buchhandlung zu haben.

Volkswirtschaft

Deutschland und die Weltwirtschaft.

Gregor Wienhoff, der sich früher schon durch eine Einführung in die Weltwirtschaft einen Namen geschaffen hat, veröffentlicht soeben im Dieck-Verlag ein Werk „Probleme der deutschen Wirtschaft“ (172 Seiten, gebunden 3,80 M., kartoniert 2,80 M.), das durch die heutige Wirtschaftskrise eine ganz besonders aktuelle Bedeutung hat. Die Beziehungen Deutschlands zur Weltwirtschaft werden in der Schrift vom Standpunkt der internationalen Verflechtung aus behandelt und dazu Fragen wie Handelsbilanz und Zahlungsbilanz, ausländische Anleihen, internationale Schuldentilgung, deutsche Industrie und Landwirtschaft, internationale Warenhandel und seine Zukunft in den Kreis der Erörterungen gezogen. Angesichts der hohen Bedeutung, welche in diesen Tagen der Kenntnis der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zukommt, ist diesem Buch die weiteste Verbreitung zu wünschen, da es nicht nur wirtschaftlich aufführend wirkt, sondern gleichzeitig die Gefahren, damit, welche der deutschen Volkswirtschaft durch die „nationale Opposition“ der Jugenbergs und Glöckers drohen. Mit Recht macht das Werk folgende Feststellung: „Die von den Sozialisten seit Jahrzehnten und besonders seit der Katastrophe des Weltkrieges propagierten Ideen der internationalen Sozialpolitik und Zusammenarbeit zwischen den Völkern haben sich als der einzig gangbare Weg erwiesen, um die deutsche Wirtschaft aus der Sackgasse herauszuführen und neue Wege des Fortschritts zu weisen. Möge dieses Buch, das die weltwirtschaftliche Gebundenheit Deutschlands darstellt, dazu beitragen, der Arbeiterklasse den Gedanken einzudämmern: Es gibt nur einen Weg aus dem heutigen Elend — das ist die internationale Zusammenarbeit der großen Völker der Welt; der größte Feind des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs ist der bornierte Nationalismus.“

4. AfA-Kongress

SPD, Leipzig, 5. Okt. (Via. Ber.) Am Montag wurde in Leipzig der 4. AfA-Kongress durch den Vorsitzenden des Bundes, Aufhäuser, eröffnet. Nach einem Gruß an die Gäste und die Delegierten erklärte Aufhäuser, daß die Zeit des Kongresses sorgfältig bemessen ist und sie nicht den Delegierten, sondern den Massen draußen gehört. Der AfA-Kongress — so fuhr Aufhäuser fort — fällt in eine ungewöhnlich bewegte Zeit. Ein ganzes Wirtschaftssystem ist in seinen allgemeinen Grundrissen erschüttert. Die Not der Zeit zwingt zur planmäßigen Wirtschaft, das Ringen geht darum, ob der Staat die Wirtschaft oder ob die Privatwirtschaft den Staat beherrschen soll. Der Kapitalismus ist gewiß nicht tot, aber ein gewisser Höhepunkt ist überschritten. Das Privatkapital macht jetzt die größten Anstrengungen, um seine unbeschränkte Herrschaft zu behaupten. Wenn dieser Arbeiterbewegung die Kräfte nicht in dem Maße entfallen konnte, wie es über Nacht entfiel, so mit diesen dauernden politischen Spaltungen sie immer wieder daran hindert haben. Erst am Sonntag wieder ist die Arbeiterkraft durch eine neue politische Partei reicher und um die entsprechende Geschlossenheit ärmer geworden.

Wir freien Gewerkschaften sind leider immer wieder das Opfer dieser Spaltungen. Deshalb sind wir berechtigt, hier zu erklären: Wir sind nicht gewillt, unsere Errungenschaften, die wir mühsam erkämpft haben und jetzt ebenmäßig wieder verteidigen müssen, preiszugeben, weil gewisse Leute die Bedeutung dieser Errungenschaften noch nicht verstanden haben. Ueber den neuesten politischen Stand haben wir hier nicht zu entscheiden, aber aussprechen müssen wir es doch, daß wir diesen dauernden politischen Zerwürfen der Welt nicht zustimmen, den wir brauchen. Unter dem Ausschlag der Meinungslosigkeit wird jetzt wieder die Geschlossenheit der Arbeiterkraft zerstückelt. Die Frage ist, ob die persönliche Freiheit über die Organisationsfreiheit stehen darf. Hier auf diesem Kongress sind Persönlichkeiten vertreten mit großer Verantwortung, leitende Angestellte, Inauguranten, Werkmeister in gehobener Stellung, die freis darauf zu halten haben, ihre Verantwortlichkeit zu verteidigen. Aber sie sind sich bewußt geworden, daß ihre Verantwortlichkeit nur auf dem Wege des kollektiven Handelns verteidigt werden kann. Die persönliche Freiheit darf nicht über die Disziplin gestellt werden. Wir tragen in einer Zeit schwerer sozialer Not und Reaktion. Was aber kommen, was will, wir beraten, wir arbeiten und wir kämpfen weiter. (Stürmischer Beifall.)

Im Namen der Reichsregierung gab Ministerdirektor Dr. Stiller folgende Erklärung ab: Eine Erkenntnis möchte ich unterbreiten, die sich für jeden Lebenden mit absoluter Gewißheit ergeben. Das eine ist die kollektive Grundfrage des Arbeitsrechts, wie sie die Reichsregierung vorliegt. Ihre kollektiven Vereinbarungen mit den Arbeitgebern, die Tarifverträge, sind die wichtigsten Rechtsquellen und die allgemeine Grundlage für die Regelung der Arbeitsbedingungen geworden. Diese Tatsache kann nicht wieder aus der Welt geschafft werden, ohne daß unsere sozialen Verhältnisse aufs tiefste erschüttert werden. An dem Grundgedanken der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen, der Einführungen auch von Maßnahmen unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der staatlichen Hilfe beim Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen, also an dem Grundgedanken des Tarifrechts und auch der Schlichtung will der Herr Reichsarbeitsminister unbedingt festhalten. Gilt es hier eine Errungenschaft, Neues aber die erste schwebende Belastungsprobe hinwegzureden, so drängt sich auf allgemeinem Arbeitsrecht die Überzeugung auf, daß etwas Neues im Werden ist. Wie unsere Wirtschaftsordnung sich unter der Führung der Reichsregierung endgültig gestalten wird, ist noch nicht absehbar, aber eine Rückkehr zu den früheren Zuständen muß als ausgeschlossen erachtet werden.

Dito Weis

mit dementsprechendem Beifall empfangen, führte aus: „Die Sozialdemokratische Partei hat mit vollem Bewußtsein sich ihren Namen gegeben. Ihr Programm und ihre Absichten sind untreuebar verbunden mit der Demokratie und dem Sozialismus. Heute wird so sehr über das Wort von der „revolutionären“ Sozialdemokratie gesprochen. Revolutionär? Das sind auch wir. Ein Mann, der es nicht ist oder sich heute vor der Revolution fürchtet. Hauen, Stechen und Schießen, das ist freilich keine Revolution. Die Nationalisierung des Weltfriedens und seine Folgen in der gesamten Welt, das ist eine neue Revolution. Der Kapitalismus als System geht seinem Ende entgegen. Aus seinem Schoß steigt ein Erbe hervor, der auch kein Totengräber ist, das Proletariat. Unsere schwere Aufgabe ist es, Totengräber und Erbe zu sein. Deswegen müssen wir die Wirtschaft erhalten und fördern. Das wird freilich nur dann allen in einer Zeit begreifen, in der die Erziehung zum Wunderglauben und in der das System des politischen Menschens nachher wieder aufsteht. Ich wünsche von der Arbeit des Kongresses, daß er gleich einer Feuerprobe in der Lede der Lebensnot unserer Lage den Schönheitsbau einer freien und gerechten Gesellschaft gestalten helfe.“

Im Namen des ADGB begrüßte Graumann den Kongress und wies darauf hin, daß es zwischen AfA-Bund und ADGB wohl nie und da Unstimmigkeiten gegeben habe, aber beide eine Familie seien und bemüht sein werden, sich gegen eine feindliche Umwelt zu behaupten. Gemeinsame Not erbeizt gemeinsame Abwehr. Wir sind bereit, der Not der Zeit Rechnung zu tragen, aber über Tarifrecht und kollektive Arbeitsverträge lassen wir nicht mit uns reden.

Weiter begrüßt im Namen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Albert Falkenberg den Kongress; sodann Jochenstein im Namen des Zentralverbandes der Konsumvereine und der Groß- und Kleingewerkschaften, der auf die Anfänge der Arbeiterbewegung hinweist. Aufhäuser antwortete auf die Begrüßungsreden.

Der Geschäftsbericht erstatteten W. Stille und Aufhäuser. Stille führte u. a. aus: Die Organisationsarbeit des AfA-Bundes haben sich in der zurückliegenden Geschäftsperiode trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit an gehalten. Die Unternehmenseinrichtungen der angeschlossenen Verbände wurden allerdings sehr hart in Anspruch genommen, namentlich dort, wo Mittel bereitgestellt wurden, die mit den Aufkommen durch die Beitragsleistung des einzelnen Mitgliedes nicht in Einklang standen. Durch Ueberprüfung und Ueberwindung der Sorgen sind diese Unstimmigkeiten beseitigt; damit ist die Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben gesichert.

Die Mittelländerbewegung

hat sich nicht wesentlich geändert. Am 1. Juli 1931 trat der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs mit seinen Angehörigenmitgliedern zum AfA-Bund über. Nach dem 3. AfA-Gewerkschaftskongress in Hamburg hat der Bundesvorstand den Beschluß des Bundesausschusses betreffend Neueinteilung der Bezirksstellen durchgeführt. Die Abgrenzung der Bezirksstellen entspricht der Einteilung der Landesarbeitsämter. Mit der Abgrenzung der Bezirksstellen ging eine systematische Bearbeitung der Ortsstellen vor sich. Anfang des Jahres 1930 verzeichneten wir 381, am 1. Januar 1931 627 Ortsstellen im Reich. Diese Zahlen fassen sich in die günstige Entwicklung unserer Bewegung. In zwölf Arbeitsausstellungen arbeiten die Fachreferenten der angeschlossenen Verbände mit den zuständigen Abteilungsleitern des AfA-Bundes zusammen. Die Hauptaufgabe besteht in der öffentlichen rechtlichen Körperlichkeiten tätigen Funktionäre durchzuführen. Der Bundeszentrale und ihren Gliederungen obliegt auch die Vorbereitung zur Berufung von Vertretern für diese Körperlichkeiten, d. h. Korrespondenz und Kampfbildung von Vertretern. Die freigewerkschaftliche Bildungsarbeit ist in der Berichtsperiode weitgehend gefördert worden. Neben der sachlichen Bildungsarbeit der angeschlossenen Verbände hat der Bundesvorstand 41 Wochenendkurse durchgeführt, in denen über sozial- und wirtschaftspolitische Themen referiert wurde. Dieran nahmen etwa 2120 Funktionäre teil. 1930/31 fanden vier zentrale Kurse, darunter solche für die Betriebsräte im Aufsichtsrat statt.

Aufhäuser gibt einleitend eine Uebersicht über die Entwicklung der Wirtschaftskrise seit dem Hamburger AfA-Gewerkschaftskongress. Bei den angeschlossenen Verbänden hat die Arbeitslosigkeit im August 1931 durchschnittlich 15 v. H. am stärksten ist der Bund der technischen Angestellten und Beamten erfasst, bei dem nahezu ein Viertel der Mitglieder heillos ist.

Die Gesamtzahl der erwerbslosen Angestellten beträgt 450 000 bis 500 000.

Der Aufbau der Tarifgebälter hat mit dem Jahre 1931 begonnen und betrug bis Mai etwa 8 bis 7 v. H., einschließlich der oben genannten Leistungsulagen und der durch Kurzarbeit entstandenen Abzüge oder 25 v. H. Die durch die Erwerbslosigkeit und Gehaltsabbau der Angestellten verloren gegangene Kaufkraft beziffert der Referent mit 3 Milliarden Mark jährlich. Der Angriff auf die Sozialpolitik richtete sich vor allem gegen diejenigen Einrichtungen, die als Lohnstütze angesehen werden können, nämlich Tarif-, Schlichtungsstellen und Arbeitslosenversicherung. Der Referent wendet sich mit besonderer Schärfe gegen den Beschluß des Reichsarbeitsgerichts, wonach bei Kurzarbeit der Angestellten ohne Rücksicht auf die Besätze ebenfalls gekürzt werden dürfen. Der hier eingeschlagene Weg führt vom Monatsgehalt zur Stundenbesetzung des Angestellten. Auch gegenüber dieser Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf Veranlassung des AfA-Bundes im März 1931 ein Initiativgesetz eingebracht, wonach Gehaltsstützen vor Ablauf der Kündigungsfrist unzulässig und entgegenstehende Vereinbarungen nicht sein sollen.

Die Offensive des Unternehmertums gegen das kollektive Lohnabkommen geht weiter. Der Kampf um das kollektive Arbeitsrecht ist der Kampf um die Existenz der Gewerkschaften selbst. Der Kollektivismus, das kollektive Empfinden der Massen, ist durch die Staatskraft. Wer der Arbeiterkraft das Kollektivrecht des Reichsarbeitsgerichts, wonach bei Kurzarbeit der Angestellten ohne Rücksicht auf die Besätze ebenfalls gekürzt werden dürfen, der hier eingeschlagene Weg führt vom Monatsgehalt zur Stundenbesetzung des Angestellten. Auch gegenüber dieser Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf Veranlassung des AfA-Bundes im März 1931 ein Initiativgesetz eingebracht, wonach Gehaltsstützen vor Ablauf der Kündigungsfrist unzulässig und entgegenstehende Vereinbarungen nicht sein sollen.

Kämpfe um den Schutz der Arbeitslosenversicherung

Aufhäuser stellt die Forderung der Regierung Müller-Wißell bei des heutigen Kabinetts gegenüber und ist insbesondere Kritik an der Juni-Notverordnung, die jetzt durch das Einwirken der Gewerkschaften wieder eine gewisse Korrektur erfahren hat. In den persönlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung hat der AfA-Bund die Einführung der Arbeitslosenversicherung, Schlichtung des Reichsarbeitsgerichts, wonach bei Kurzarbeit der Angestellten ohne Rücksicht auf die Besätze ebenfalls gekürzt werden dürfen, der hier eingeschlagene Weg führt vom Monatsgehalt zur Stundenbesetzung des Angestellten. Auch gegenüber dieser Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf Veranlassung des AfA-Bundes im März 1931 ein Initiativgesetz eingebracht, wonach Gehaltsstützen vor Ablauf der Kündigungsfrist unzulässig und entgegenstehende Vereinbarungen nicht sein sollen.

Bei der Prüfung der übrigen Sozialpolitik hebt der Referent hervor, daß die Arbeitslosenversicherung bisher den Angriffen der Sozialreaktion gegenüber standhalten hat. Aufhäuser erklärte gegenüber dem Reichsarbeitsministerium, das in der fortwährenden Angriffen auf das Vermögen der Arbeitslosenversicherung: „Wir bitten um Schutz der Disziplin!“ Er behauptet, daß der Deutsche Juristentag Arm in Arm mit den Gegnern der Arbeitslosenversicherung eine weitere Verschärfung zum Schutze des Betriebsgeheimnisses und damit die Eingangs der Freilassung der kaufmännischen und technischen Angestellten verlangt hat.

Bei den Notverordnungen der Zulieferer war auch eine Teilzahlung der Arbeitslosenversicherung in Privatbetrieben verfügt worden. Es ist dem AfA-Bund gelungen, namentlich die Notverordnung über Teilzahlung der Arbeitslosenversicherung wieder zur Aufhebung zu bringen. Als Erfolg wird über das Verbot der gewerkschaftlichen Stellenermittlung für die künstlerischen Berufe berichtet, ebenso über die Verkürzung der Lebensversicherungszeit am letzten Abend.

— **Referent** berichtet, daß die vom AfA-Bund auf dem Gebiete der Sozialpolitik geleistete Arbeit gefunden. International konnte in der Berichtsperiode neben dem Washingtoner Abkommen ein neues Arbeitsabkommen für diejenigen Angestelltengruppen verabschiedet werden, die das Washingtoner Abkommen nicht erfasst. — Aufhäuser appelliert an die Regierung, das neue Abkommen von Genf zu ratifizieren. — Es ist auf gelungen, nach langen Kämpfen beim Internationalen Arbeitsamt einen besonderen Angestelltenausdruck einzurichten, der sämtlich die Arbeitslosenfrage, das Erfindungsrecht und die Konkurrenzklausele behandelt hat.

Die Angestellten müssen sich bewußt sein, daß in nächster Zeit alle sozialpolitische Arbeit von der

Neueinstellung der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung abhängig sein wird. Die Einzelheiten für den Wirtschaftsombau solle am nächsten Verhandlungstag in einem Referat von Dr. Rud. Hilferding näher erörtert werden. Wollig unbefriedigt ist der AfA-Bund von den bisher getroffenen Maßnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Wirtschaftspolitik. Das Monopol der großen Treuhändergesellschaften müsse gebrochen und den Gewerkschaften die erforderliche Mitwirkung gewährt werden. Im gegenwärtigen Sta-

dium des kapitalistischen Systems kommt es, wie der Referent zum Schluß ausführt, nicht nur darauf an, Einzelforderungen zu stellen, sondern die den Gewerkschaften gestellte gesellschafts-politische Aufgabe zu erfüllen und die Staatsmacht über die Wirtschaft zu erringen: Wenn es eines Tages hart auf hart geben sollte, und diese Eventualität müssen wir ins Auge fassen, dann werden wir nicht die NSD. und die angedeutete Sozialistische Arbeiterpartei als Bundesgenossen haben, dann werden wir unsere Bundesgenossen dort suchen, wo wir sie im Jahre 1920 gesucht und auch gefunden haben. (Stürmischer Beifall.) Man darf nicht erwarten, daß wir Wunderkuren vornehmen können. Was aber geschieht, das muß heute, in dieser Gesellschaft noch geschehen. Wir müssen beachtet sein, in die heutige Gesellschaft, in die kapitalistische Gesellschaft Fremdkörper einzubauen, um zur Umformung der Gesellschaft zu kommen. (Stürmischer lang andauernder Beifall.)

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 199 Teilnehmern, wovon 88 stimmberechtigt sind.

Aussprache

erklärt Dr. Croner (D. Werksmeisterverband), daß die Unternehmer jetzt das Verhalten der Konjunktur ausnutzen, um gegen die Sozialversicherung Sturm zu laufen: Wir wollen keine Kürzungen, die man grundsätzlich auch auf der Gegenseite bejahen, sondern den Rechtsanspruch. Die Verteidigung der Angestelltenversicherung ist umso schwieriger, als infolge des Widerstandes der bürgerlichen Angestelltenverbände unserer Forderungen auf Ausgestaltung der Leistungen geachtet sind. — Fritz Schröder (ZdA.) unterzieht die Notverordnung vom 5. Juni, besonders soweit sie die sogenannte Arbeitslosenhilfe regelt, einer scharfen Kritik. Die Reichsregierung laßt ihre Verantwortung auf den Vorstand der Reichsanstalt ab und halte die Angelegenheit damit für erledigt. Die Selbstverwaltung der Reichsanstalt werde zu einer Lebensfrage, wenn es sich bei der Umgestaltung der Gesellschaft um eine Lenkung der Arbeitskräfte handle. Jetzt könne man nicht von einer Krise der Selbstverwaltung der Reichsanstalt sprechen, denn eine Selbstverwaltung existiere dort überhaupt nicht. Im übrigen wären es die falschen, die arbeitslos sind. Man müßte die Unternehmer der Schwere der Krise arbeitslos machen, dann würden sich die finanziellen und sozialpolitischen Fragen gleich regeln lassen. (Lebhafter Beifall.) Bildmann von den Schiffbauingenieuren erhebt Beschwerde über die Ausnahmegesetzgebung, unter der das Schiffbaupersonal heute immer noch stehe, und zwar sowohl hinsichtlich des Arbeitsvertrages, der Betriebsratsgesetzgebung als auch der Arbeitszeit und in anderen Fragen der Sozialpolitik. — Fossil von der Internationalen Arbeiterliga bringt für die Arbeiter die wichtigsten Beschwerden vor. Die Arbeiter seien wohl lohnsteuerpflichtig, aber rechtlich vollständig außerhalb der Sozialpolitik gestellt. Man nehme von ihnen Beiträge, man ziehe von ihnen Lohnsteuern ein, aberkenne aber ihre Eigenschaft als Arbeitnehmer. Die Frage des vorläufigen Arbeitsnachweises müsse endlich beseitigt werden. Man müsse gegen die forumpertenden und forumpertenden wilden Privatvermittlungen mit scharfen Strafbeschlüssen vorgehen.

Aus aller Welt

Lebensmittelpfänderungen

Berlin, 7. Okt. (Funkdienst.) In Berlin-Neukölln und am Wedding kam es am Dienstag an mehreren Stellen zu Pfänderungen von Lebensmittelaufschäften. Die Pfänderer waren in Neukölln etwa 15 bis 20 halbwildige Burken. Sie verlangten von mehreren Geschäftsinhabern unter Drohungen die Herausgabe von Lebensmitteln. Das Ueberfallkommando nahm zwei der Roblinge fest. Die übrigen konnten entkommen.

Später Leichenfund

Paris, 7. Okt. (Funkdienst.) In einem Dorfe bei St. Die wurde bei Ausgrabungsarbeiten der Leichnam eines deutschen Kavalleristen namens Groß aus Ulm freigelegt, der im Jahre 1914 mit seinem Pferd getötet und in einem Granatrichter begraben worden war. Die Leiche wurde auf dem Friedhof beigesetzt.

Das Postflugzeug der „Bremen“ verunglückt?

W.B. Halifax, 6. Okt. Das Postflugzeug des Dampfers „Bremen“, das gestern nacht in Sudbun auf Neuschottland neuen Betriebsstoff aufgefllt und dann seinen Flug nach Neworf fortsetzt hatte, wurde heute früh in der Gobequidbucht am Niedergehen gesungen. Auf Silbersee eilten Boote herbei, fanden aber keine Spur von den Fliegern.

W.B. Neworf, 6. Okt. Nach einer Meldung der Associated Press aus Halifax wurden in der Nähe von Tennacade (Neuschottland) Teile eines Flugzeuges aus dem Wasser gezogen. Man nimmt an, daß es sich um Teile des vermissten Katastrophenflugzeuges der „Bremen“ handelt. Die Flugzeugteile wurden zur Identifizierung nach Tennacade gebracht.

Spielplan des Badischen Landestheaters

Nachdem die Aufführung der Neufassung der Strauoperette „Die Prinzessin auf dem Meer“ am 11. Oktober abgelaufen sein wird, wird die Oper mit einer Neueinstudierung von Mozarts „Don Giovanni“ herauskommen. D'Alberts „Tiefenland“ wird ebenfalls in den Spielplan aufgenommen. Noch im Oktober kommt Wagner's „Der Ring des Nibelungen“ geschlossen heraus, ihm folgt die deutsche Uraufführung der Oper „Die Waise“ von Jens Dubay. Weiter ist vorzusehen eine Neueinstudierung von Puccinis „Tosca“, Weber's „Der Freischütz“ und Humperdinck's „Hänsel und Gretel“. Das Schauspiel, das für die Badische Woche „Hänsel und Gretel“ und Götts Burles „Simson“ (mit der Part von Franz Hilbert) und Götts „Gretel“ zu bemängeln hatte, liefert für Mitte Oktober eine Neuheit: Bruno Franz's „Rina“, das erfolgreiche Lustspiel dieser Spielzeit. „Der Graue“, ein Schülerdrama von Friedrich Horster wird alsbald folgen und auf dem Gebiet der Klassik sich „Der Prinz von Homburg“ von Kleist anschließen. Die Uraufführung der neuen Komödie von Hans J. Rehfisch „Sprung über sieben“, die das Landestheater mit mehreren anderen Bühnen gemeinsam hat, ist auf den 28. November festgelegt. Als Weihnachtsmärchen wird, oft gekürzten Wünschen nachgebend, „Der gekielte Kater“ von Emil Alf. Hermann gespielt werden. Das Ballett bereitet Igor Strawinsky's „Feuervogel“ und die deutsche Uraufführung von R. Drigo's „Miklons des Barletta“ vor und wird in der Weihnachtszeit auch „Die Puppenfee“ aufnehmen.

WANZEN Schial-zimmer
 A.S.-Verfahren
 Anton Springer
 2340
 Sanftschuhe

Was erwarten Sie von einem Sportschuh?

1. wasserdicht
2. wasserdichtes Oberleder
3. durchgehende Doppelsohlen und dann vor allen Dingen, daß er nicht mehr wie 16, 18 als Halbschuh und 19, 20 als Stiefel koste.

Roland HERRENSCHUHE
 Erzeugnisse Deutschlands größter Herrenschuhfabrik

Kaiserstraße 108 Fernsprecher 6145

Wanzen
 A.S.-Verfahren
 Anton Springer
 2340
 Sanftschuhe

Was erwarten Sie von einem Sportschuh?

1. wasserdicht
2. wasserdichtes Oberleder
3. durchgehende Doppelsohlen und dann vor allen Dingen, daß er nicht mehr wie 16, 18 als Halbschuh und 19, 20 als Stiefel koste.

Roland HERRENSCHUHE
 Erzeugnisse Deutschlands größter Herrenschuhfabrik

Kaiserstraße 108 Fernsprecher 6145

Partei-Nachrichten

Pfarrer Eckert bei der SPD

Der aus der SPD. ausgeschlossene Pfarrer Eckert ist zur SPD. übergetreten. Ein Rundschreiben der Kommunisten feiert ihn als eine „Bomben-Attraktion“ und als eine „große Kanone“, die demnächst in kommunistischen Versammlungen und als Mitglied einer Delegation auch in Rußland zu sehen sein wird. Der Führer der Religiösen Sozialisten wird nunmehr Führer in einer Partei werden, die die Gottlosenpropaganda in schärfstem Maße betreibt. Ueber den Uebertritt Eckerts zur SPD. äußert sich der Chefredakteur der Mannheimer Volksstimme, Genosse Harpuder, aus seiner näheren persönlichen Kenntnis der Persönlichkeit Eckerts u. a. wie folgt:

„Nein: Eckert erprobt nichts, weder sich noch andere. Er macht auch nichts still und für sich, nicht einmal für eine Uebergangszeit. Für ihn wird alles sofort zur großen Szene. Was Wunder da, daß Eckert seinen Uebertritt zur SPD. nicht anders wolle als zu wolle sein als in einer großen Versammlung, in einer Massenversammlung.“

Und so wird denn in der Mitte dieser Woche dieser feierliche Akt vor der versammelten Mannheimer SPD. feieren und seinem Austritt von den Religiösen, die dieses Schauspiel als ein locket, ohne daß für sie die Sache irgend eine tiefere Bedeutung hat. Für Eckert hat sie das; denn dies ist doch eben das Tragische an seinem Charakter, daß er auch dort echt ist, wo er für andere unecht wirken mag. . . .

Es besteht danach auch keinerlei Zusammenhang zwischen Eckerts Entschluß, zur SPD. überzutreten, und seinem Ausschluß aus unserer Partei. Denn sowohl das Rundschreiben der Bezirksleitung Baden-Pfalz der SPD. wie auch die Absicht der Versammlung lagen bereits vor, bevor der Ausschluß erfolgt oder gar bekannt geworden war: wir selbst wußten von beidem bereits Freitag bzw. Samstag früh. Sein Uebertritt zur SPD. steht auch in keinem Zusammenhang mit seiner Berliner Reise zur Reichskonferenz der Seidewerker am Sonntag; Eckert war am Samstag in Berlin — man kann sich denken, bei wem auch und zu welchem Zweck, er mag dabei auch mit den Seidewerklern getrocknet haben, ihre Konferenzen hat er jedenfalls nicht abgelehnt, wohl deshalb, weil ja diese vorerst wenigstens mit den Kommunisten nichts gemein haben werden. Sonntag früh war er schon wieder in Mannheim. Es liegt auch auf der Hand, daß solche Wendungen, wie sie sich in Eckert vollzogen haben, nicht von heute auf morgen entstehen, zumal da Eckert selbst bis vor kurzem immer wieder erklärt hat, er werde auf keinen Fall zur SPD. gehen. Und da er obendrein am Beginn der vorigen Woche bei den Kirchenbehörden den Urlaub für seine Ruhlandreise erwirkt hatte, so muß er zumindest damals schon mit der SPD. in irgendwelcher Fühlung gewesen sein.

Daraus ergibt sich das Beträübende und für Eckert Unwärtiges, daß er noch als Mitglied der Sozialdemokratie die Brücke zu den Kommunisten betreten, daß er also — mag er selbst im Leben und Entschenden damals noch nicht sich ganz klar gewesen sein — seiner alten Partei gegenüber auf jeden Fall nicht einmütig die bei ihm doch wohl als Selbstverständlichkeit voraussetzbare Offenheit und Ehrlichkeit aufgebracht hat. Und er wird sich wohl selbst darüber im Klaren sein, daß, wie immer er dieses sein Vorgehen vor sich selbst und anderen zu rechtfertigen versuchen mag, von hier aus ein ganz neues und gewiß alles andere als gutes Licht auch auf das fällt, was Eckert während der ganzen letzten Wochen und Monate getan hat; wie es sich denn mittlerweile herausgestellt hat, daß auch das kleine Säufchen der engeren Freunde, die heute noch zu Eckert stehen — und er wird bald leben, wie wenige das sind — alle in einem wohl nicht auffälligen Parallelsinn denselben Weg gehen zu wollen erklären wie er: nicht, wie es die ganze Zeit über den Anschein hatte, zu Seidewerk, sondern zu Sozialismus.

Im großen gesehen aber kann man heute die ganze Kampagne der Abspaltung in Mannheim als im wesentlichen abgeschlossen betrachten. Sie war in dem Augenblick erledigt, wo die Parteigenossenschaft, auch die, die sich um Eckert geschart hatte, gesehen hat, wohin die Reise geht und welches Spiel mit ihr getrieben worden war. Das will nicht bedeuten — und man wird guttun, sich darüber keiner Täuschung hinzugeben —, daß die, die einen anderen Kurs von unseren Fraktionen wünschen, sich aber jetzt wieder enger um die Partei scharen, etwa ihren politischen Standpunkt aufgegeben hätten; das will lediglich bedeuten, daß sie die Gefahren, die aus einer Spaltung erwachsen müssen, richtig erkennen, und daß sie sich darum eben jede Gefährdung unserer Einheit und Geschlossenheit wenden.

Die Sozialdemokratie wird aller solcher Spaltungsversuche hert werden, die SPD. und Eckert selbst geraten in eine geradezu groteske Situation; die Kommunisten, die bisher sich als absolut freidenkerlich gaben und von ihren Mitglidern unbedingten Austritt aus der Kirche verlangten und erklärten, „Opium sei Gift für das Volk“, bekommen, da Eckert auch weiter Geistlicher bleiben will, nunmehr in ihm ihren Sowjet-Pfarrer und Eckert selbst wird Führer der Religiösen Kommunisten. Welche Wendung durch „Gottes Fügung! Oder sollte in den nächsten Tagen doch noch eine andere Wendung eintreten und Eckert den Weg zurück finden aus dem Labyrinth, in das er sich verloren? Eckert ringt wohl noch immer mit sich, Wohin wird er sich durchringen?“

Wirkungen des Spaltungsverbrechens

Breslau, 7. Okt. (Kundendienst.) Die Auswirkungen der Abspaltungsbewegungen auf die Stadtverordnetenfraktion der Breslauer Partei sind bereits erkennbar. Von den bisher 34 sozialdemokratischen Kollegiumsmitgliedern bleiben 18, also mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Partei treu.

Vorsitzender der SPD-Fraktion wird, da der bisherige Vorsitzende sich für Entlassung entschieden hat, der Geschäftsführer des Freiburgererwerbvereins für Mittelfranken, Karl Kleiß. Von den sozialdemokratischen Stadträten ist nur einer, Alois, zu dem Spaltungen übergegangen. Der sozialdemokratische Bürgermeister Mahe bleibt ebenfalls der Sozialdemokratie treu.

Einer, der sehr enttäuscht hat

Der frühere sozialdemokratische preussische Innenminister Professor Dr. Baentia, hat dem Lokalanzeiger mitgeteilt, daß er aus der SPD. und aus der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags ausgeschieden ist.

Kinderfreunde für die Parteieinheit

Probstella, 6. Okt. (Eig. Draht.) Eine hier abgehaltene Reichsführertagung der Kinderfreunde Deutschlands faßte zu den jüngsten Vorgängen innerhalb der Sozialdemokratie einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Kinderfreundebewegung ist eine sozialistische Erziehungsbewegung. Sie will Menschen erziehen, die am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft aktiv teilnehmen. Sie leitet ihre Grundzüge und ihre Maßnahmen nicht von der Taktik der politischen Tagesfragen ab.“

Diese Erkenntnis hat die Haltung der Führerschaft bisher einmütig bestimmt. Sie muß auch für die Zukunft bestimmend bleiben. Die persönliche Entscheidung des Einzelnen zu den Fragen der Partei und ihrer Taktik wird durch die Anerkennung dieser Grundzüge nicht berührt.

Die Entwicklung unserer Organisation zu einer großen Bewegung ist nur möglich im Rahmen einer einheitlichen Sozialdemokratischen Partei. Die Partei hat unsere Arbeit gefördert und durch entschlossenes Eintreten und in entscheidenden Situationen unterstützt. Es ist unmöglich, außerhalb der Partei oder gar im Gegensatz zu ihr eine zweite umfassende soziale Erziehungsorganisation aufzubauen. Darum ist auch in Zukunft die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei oder der sozialistischen Arbeiterjugend unerlässliche Vorbedingung für die Mitarbeit bei den Kinderfreunden.“

Kleine bad. Chronik

Schwerer Autounfall

Waghäusel, 6. Okt. Am Samstag mittag ereignete sich bei der Kreuzung in der Höhe des Bahnhofs ein folgenschwerer Autounfall. Ein Fabrikant aus Stuttgart fuhr in voller Fahrt auf einen am linken Straßenrand stehenden Kugelbaum. Der Kugelbaum wurde zerbröckelt, Vorderachse und Vorderräder abgebrochen, der Fabrikant durch die Schutzhülse auf den Kugelbaum geschleudert. Hierbei wurde ihm die Kopfhaut von vorn nach hinten regelrecht abgezogen. Der Schwerverletzte wurde sofort nach Seidelberg verbracht. Wie das Unheil entstand, konnte nicht festgestellt werden, da der Fabrikant nicht vernehmungsfähig ist. Der Wagen mußte abgehleppt werden.

Das Auge ausgehöhlet

St. Gaaingen, 6. Okt. Am Sonntag spielten die Knaben des Lohmüllers Müller und des Landwirts Seifried mit einem Luftgewehr. Das Gewehr entlief sich vorzeitig und traf den Letzteren ins Auge, das sofort auslief. Das schwerverletzte Kind wurde in die Augenklinik nach Tuttlingen verbracht.

Selbstmord wegen Nervenzerrüttung

Freiburg i. Br., 6. Okt. Ein verheirateter häßlicher Beamter von hier hat sich vermutlich wegen Nervenzerrüttung nachmittags in der Küche seiner Wohnung durch Gasvergiftung das Leben genommen.

Eiferjuchstragödie

Freiburg i. Br., 6. Okt. Gestern abend 8.45 Uhr hat ein 29 Jahre alter Gewerbetreibender von answärts in einer Wohnung in der Brombergstraße auf eine ledige 22 Jahre alte Hauswirtschafterin aus einem Walsenrevolver 2 scharfe Schüsse abgegeben, von denen der eine in den Oberhinteren traf, während der andere fehlging. Grund der Tat ist Eiferjucht. Die Verletzte

mußte in die Klinik verbracht werden. Lebensgefahr besteht vorerst nicht. Der Täter wurde wegen Mordversuchs und unerlaubten Waffenführens in Haft genommen.

Schwerer Motorradunfall

Mehring, 6. Okt. Eine Kuh des Landwirts Dextle rannte beim Ueberqueren der Straße dem vorüberfahrenden Motorradfahrer Landwirt Bösch von Haußen im Tal und dessen Vater als Beifahrer in das Rad. Die Fahrer stürzten so unglücklich, daß beide verletzt wurden. Der Vater erlitt außer Quetschungen mehrere Rippenbrüche und mußte ins Krankenhaus Mehtring verbracht werden.

Neuhardt (bei Bruchsal). Die Gruppen der diesjährigen Tatabernte sind um 39 bis 41 Hektar weniger verkauft worden. Friedrichstal. In den letzten Tagen wurden hier Gruppen zum Preise von 44 und 45 Hektar pro Zentner verkauft und eingelagert. Auch im benachbarten Södd fanden Verkäufe statt und zwar zu 37 bis 40 Hektar pro Zentner.

Die Firma Jakob-Mannheim, wird am 15. Oktober ihre drei höchsten Filialen schließen. Den Arbeitern ist bereits gekündigt.

Schwellingen. Vermißt wird seit Sonntag der 11 Jahr alte Volksschüler Adam Rudolph aus Sandhausen. Der Junge war auf einem Damenfabrikat nach Kirchweib nach Hohenheim gefahren; in Sandhausen wurde ihm das Rad gestohlen. Es ist anzunehmen, daß der Junge aus Angst vor Strafe nicht mehr nach Hause zurückgekehrt ist. Er dürfte sich jedenfalls noch in der hiesigen Gegend aufhalten.

Binau (bei Eberbach). Gemeinderat und Landwirt E. Geermann stürzte beim Obstrechen von der brechenden Leiter und zog sich eine schwere Gehirnerschütterung und Rippenbrüche zu. Der Verunglückte wurde bei anbrechender Dunkelheit bewußtlos aufgefunden und in bedenklichem Zustande nach Hause gebracht.

Steinsfurt (Amt Sinsheim). Wie jetzt erst bekannt wird, wurde in der Nacht zum 1. Oktober das Rathaus von Einbrechern heimlich betreten. Sie ergraben das Fenster des Grundbuchszimmers und drangen dann durch Erbrechen der Stabliere in den feuergefährlichen Raum, in dem sich die Grundbuchakten befinden. Die Diebe durchstöberten die ganzen Räume und nahmen eine Blechbüchse mit Wertpapieren mit, die am andern Morgen am Ortseingang gegen Rohrbach samt Inhalt wieder vorgefunden wurde. Den Tätern fiel nur ein geringfügiger Geldbetrag in die Hände, den der Ratsschreiber in dem feuergefährlichen Raum niedergelegt hatte.

Die Gebärmutterentzündung. Nach einer Verordnung des Innenministers werden mit sofortiger Wirkung folgende Gebühren festgesetzt: Für die Belohnung einer Geburt einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 30 RM., für die Belohnung einer Wehlfingsgeburt einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 40 RM., für die Belohnung einer Frühgeburt einschließlich der erforderlichen Wartung der Wöchnerin 15 RM. Falls die Dienstleistung über 2 Kilometer von der Wohnung der Beamten entfernt vorzunehmen ist, kann diese außerdem für jeden außerhalb des Umkreises von 2 Kilometer zurückgelegten Kilometer eine Gangegebühr von 15 Pf. beanspruchen. — Eine Verordnung des Justizministers betrifft eine Aenderung des Landesjustizkostengesetzes.

Veranstaltungen

Mittwoch, 7. Oktober:
 Badische Landesbühnen: Tempo über Hundert. 20 Uhr.
 Stadigarten: Nachmittagskonzert. 15½—18 Uhr.
 Gloria-Ballet: Opern-Revue. Roy-Lon-Wode. Tonfilm-Groteske. Sehr gut.
 Ballett-Spektakel: Der Zinker. Ton-Wode. Naturfilm. Puppen-Spektakel.
 Weibens-Spektakel: Zoukamaunt (Die Hüte von Verona).
 Stadigarten: Trara um Liebe.
 Landesgemeindehalle: Ausstellung „Kampf dem Krebs“. 10—20 Uhr.
 Haus der Gewerbetreibenden: Volkstheater. 148—1511 Uhr abends.
 Schmiebergplatz: 2. Antik-„Alpombra“, Variete-Revue. 20¼ Uhr. Antik- und Familienvorstellung. 15¼ Uhr.

Mollobst! Süßer Moll!
 per Liter und Faß

Neue Fässer Reparaturen
 Kelterei u. Bernhard Schneider
 Augartenstraße 26

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)
 Geschäftsstelle (nur briefl.) Baselerstr. 32, 5b. IV.
 Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7½ Uhr.

Schuhe zu Fabrikations-Preisen
 kaufen Sie in allerbesten Qualität in meinen Filialen:
 Gernsbach, Waldbachstraße 9
 Bühl, Ecke Rhein- und Friedrichstraße 1833
 Oberkirch, Hauptstraße 36
 Kehl, Ecke Haupt- und Karlsruher Straße
 J. UTH, Schuhfabrikation, Rastatt, Grün 8
 Eigene Reparaturwerkstatt. — Annahme in allen Filialen

Schön. 3-Z.-Wohnung
 in Bad u. Speisek. auf Sof.
 zu vermieten. Zu ertr. u.
 1888 im Volksfreund

Leeres Zimmer
 sep. Eingang, sofort zu
 vermieten. — Eign.
 Jähringerstr. 60, Stb. 11.

Manj.-Zimmer,
 möbl. sof. zu vermieten.
 Karlsruherstr. 40, 11.

Obstverkauf
 Der erste diesjährige Obstmart findet am
 Donnerstag und Freitag, den 8. und
 9. d. Mts. 7444

jeweils vormittags 8 Uhr beginnend im Kaffee
 Rohack Karlsruhe, Erlingerstraße 11. Das
 Obst kann auf Wunsch zugestellt werden.
 Badische Landwirtschaftskammer.

Prima Mostobst
 Zentner 2.50 RM. 1884

Süßer Apfelmoll
 Jeden Tag frische Kelterung
Adolf Mitschke, Kelterei
 Karlsruhe-Rintheim, Tel. 4329

Sag' einer was er will
 ich bleibe
 bei Persil



Da kann mir keiner etwas vormachen. 24 Jahre bin ich Hausfrau. 24 Jahre, also fast ein Vierteljahrhundert, hielt mir Persil die Treue in unachahmlicher Güte, Leistung und Billigkeit. Das will was heißen! Ich brauche Persil für alles, für Weiß-, Woll- und Seidenwäsche und für die hygienische Säuberung hunderter Sachen im Haushalt. Da kommt für mich anderes einfach nicht in Frage!

Washmittel gibt es freilich viel — Ich aber bleibe bei Persil! Persil wäscht billig, rasch u. reiner — Kurzum, Persil ersetzt mir Keiner!

Persil bleibt Persil



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

7. Oktober.

1807 Erstes Dampfschiff Fullons auf dem Sublon. — 1831 Cholerica in Hamburg. — 1848 Kaiser Josef flieht aus Wien. — 1908 Österreich annektiert Bosnien und die Herzegovina. — 1929 MacDonald spricht im Bundesrat von USA.

Die herumlungenden, provozierenden Reichsbannerleute und sonstige Strolche

Beim nationalsozialistischen Gau-tag war u. a. ein Eingreifen der Polizei vor der Festhalle notwendig. Darüber entzündet sich natürlich der Führer in Karlsruhe, und die nationalsozialistische Propagandaleitung hat auch ein besonderes Schreiben an das Karlsruher Bezirksamt geleitet. In diese Kerbe haut auch ein nationalsozialistisches Blättchen in Furrowagen im Hochschwarzwald. Dieses „nationale Heimatblatt“ war ehemals Sprachrohr der Nationalliberalen und später der Demokraten. Seit einiger Zeit befindet es sich unter der redaktionellen Leitung eines Herrn Leih. Dieser junge Mann war seinerzeit auch beim Hitlerputsch in München beteiligt, was er offen zugegeben hat. Nun propagiert er im Schwarzwälder Tagblatt die nationalsozialistische Politik. Wie dem Blättchen das bekommt, muß abgewartet werden, denn wir glauben nicht, daß sich die Schwarzwälder Bauern in größerer Zahl für den Nationalsozialismus einfangen lassen.

Die politischen Vorgänge in Karlsruhe interessieren ihn natürlich ganz besonders. Er erwähnt die nationalsozialistischen Rundgebungen in der Karlsruher Festhalle und teilt mit, daß sich am Freitagabend eine Anzahl Reichsbannerleute „und andere Elemente“ auf dem Streifemannplatz eingefunden hätten mit der Absicht, einen Mißklang in die nationalsozialistischen Reihen hineinzutragen. Dann aber leistet er sich folgende Unverschämtheit:

„Pflicht und Aufgabe der Polizei wäre es gewesen, den Platz von herumlungenden, provozierenden Reichsbannerleuten und sonstigen Strolchen zu säubern, anstatt rücksichtslos in die Menschenmenge hineinzufahren.“

Dazu ist nun zu sagen, daß Reichsbannerleute, wie uns gemeldet wird, überhaupt nicht vor der Festhalle sich aufgestellt haben. Man kann also nicht sprechen von herumlungenden, provozierenden Reichsbannerleuten. Stellt man sie völlig auf eine Stufe mit sonstigen Strolchen, dann zeugt dieses von großer Unverschämtheit und Annäherung der Hitlerleute. Wenn in der gegenwärtigen Zeit die Reichsbannerleute nicht mehr Disziplin hätten, wie die Hitleranhänger, dann wäre das Ende der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gekommen.

Jedenfalls ist der Angriff des Schwarzwälder Tagblatts auf die Karlsruher Reichsbannerleute schlagender Beweis dafür, wie man diese auch nach außen zu discredittieren sucht. Die Reichsbannerleute werden bei geeigneter Gelegenheit die richtige Antwort darauf geben. Wo übrigens die wirklichen Strolche sind, zeigt der Ueberfall am letzten Sonntag auf eine Abteilung der Naturfreundjugend, sowie auf unschuldige Kinder, über welche Fälle ja gestern berichtet wurde.

Der bissige Nazi

Wir berichteten seinerzeit über den Fall, daß der Postkassner Balheim in der Abfiedlung, ein eiztrianer Nazimann, dem sozialdemokratischen Gegner S. das vordere Glied des rechten Zeigefingers abbiß. Der Ausgangspunkt des Streites war, wie sich aus der Gerichtsverhandlung ergab, eine Verammlung des Vereins Abfiedlung. In jener Verammlung wurde S. von dem Angeklagten mit Bezug auf seine Kriegsbefähigung schwer beleidigt. Es fiel auch die Drohung, daß er noch mit S. abrechnen werde. Zwei Tage nach der Generalversammlung hat Balheim seine Drohung, mit S. abrechnen, wahr gemacht. Vom Dienst mit dem Fahrrad heimkehrend, traf er auf der Durmersheimer Straße, Ecke Zepfelnstraße, mit dem Ehepaar S. zusammen, das sich mit einem Kanalgehilfen und dessen Ehefrau auf dem Wege zu einem Vortrag befand. Als sich die beiden wohl vorwiegend aus politischen Gründen feindseligen Nachbarn gegenüberstanden, fiel der Ausdruck: „Du Hund!“ und Balheim stieg vom Rade und ging zum Angriff über. Er packte S. an der Brust, dieser erhob mit der linken Hand den Stock, während er mit der rechten Hand auf Balheim schlug. Sein Zeigefinger zeriet dabei in den Mund des Gegners, der fest aufbiss. Als Balheim los ließ, war das vordere Glied des rechten Zeigefingers nahezu abgebißen. Balheim ist ebenso, wie S. Kriegsbefähigter. S. hat eine Beinverletzung und muß am Stock gehen, während Balheims rechte Hand verletzt und nahezu unbrauchbar ist. Wegen Körperverletzung wurde Balheim am 13. Juni ds. Js. zu 40 M. Geldstrafe verurteilt, während S., der mitangeklagt war, freigesprochen wurde. Gegen dieses Urteil legte Balheim Berufung ein. Die Strafkammer gelangte zu dem Ergebnis, daß das Urteil zu recht ergangen sei und verwarf die Berufung des Angeklagten Balheim.

Das Horoskop und die „Goldgrube“

15. Karlsruher Eheleute betrieben seit 4 1/2 Jahren einen Delphandehandel. Vor einiger Zeit sahen die Eheleute nun den Entschluß, denselben zu verkaufen und schrieben ihn in einer Karlsruher Zeitung aus. Es hatten sich eine große Anzahl Interessenten gefunden, die alle die Absicht hatten, sich an diesem „alansenden“ Geschäft zu beteiligen. Neben einem entlassenen Schutzmann, der 1200 Mark geboten haben soll, war noch ein gewisser K. erztlichler Reklamtant. Die Ehefrau ist aber anscheinend nicht auf die Schutzleute zu sprechen und ließ sich dem Jungen K. gegenüber aus, daß es ihr zu schade wäre, und daß sie es dem Schutzmann nicht gönne. Ueberhaupt seien doch die Schutzleute das Schaffen gar nicht gewöhnt. Also K. sollte es erhalten, sogar für 1100 Mark. Wie insbesondere die Ehefrau erklärte, sei das Geschäft eine wahre „Goldgrube“. Da fiel einem das Geld gerade so entgegen. Kein Mensch konnte ahnen, warum die Eheleute das Geschäft da nicht beibehalten! Also wurde das Geschäft perfekt. Schriftliches wurde nichts gemacht, dafür erhielt der Käufer aber die Zusage, daß 400 feste Kunden da sind und daß der Umsatz im Jahr 26 bis 28 Tausend von je 200 Kilogramm darstellt. Also ein glänzender Verdienst. Zur Erhärtung der Angaben wurde noch erklärt, daß in den 4 1/2 Jahren, in denen Delphandehandel ebenfals 5000 Mark geleistet hat. Alles aus dem Delphandehandel! Es wurde immer unerklärlicher, warum man so eine „Goldgrube“ verliert.

Der Käufer war ein gutgläubiger Mensch und hat diese Angaben alle geglaubt. Zu seiner Sicherheit ließ er sich, da gerade Welle war, ein Horoskop stellen, das ihm in Wäbe große Glück versprach. Er war anscheinend der Auffassung, daß der Delphandehandel dieses „Glück“ sei. Dann machte er sich auf, die Kundenschaft zu besuchen. Da ging die Sache los. Statt der 400 Kunden waren es im günstigsten Fall 250, von denen ein Teil sehr heftig protestierten, „mitverkauf“ zu werden, da sie noch niemals Delphandehandel besessen haben. Nach einiger Zeit merkte K., daß er hies heringefallen war. Statt der 28 Tausend waren es im Jahr allerhöchstens 8 bis 9 Tausend. Von einem Verdienst, wie er vorgespiegelt war, konnte keine Rede sein. Er übergab die Sache dem Amtsgericht, das gegen beide Eheleute Anklage wegen Betrug erhob. (Vorständiger Amtsgerichtsrat Stritt.) Bei der Verhandlung wurde der Tatbestand im wesentlichen als erwiesen angesehen. Um eine genaue Ueberprüfung zu erhalten, wäre es notwendig gewesen, eine Umfrage bei allen Familien zu machen, trotzdem konnte die Tatsache des Betruges als erwiesen angesehen werden. Das Urteil lautete für beide Angeklagten auf je 150 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens. Bei der Strafhöhe war auch der Betrag von Bedeutung, über welchen der Strauß geschädigt wurde.

Nach der Zeugenaussage hat insbesondere die Ehefrau „alans“ geiproden und dadurch den Käufer eigentlich erst überredet. Der wirtschaftliche Wert des Handels dürfte höchstens halb so groß wie die Kaufsumme sein. In einem Zivilprozeß wird der Geschädigte nun verurteilt, zu retten was zu retten ist und vom Horoskop ein für allemal abzuheilen.

Die Spioniererei der „Badischen Presse“

Der Staatsanzeiger schreibt: In der Badischen Presse Nr. 451 vom 29. September, erschien ein Artikel „Neue Luftspionage durch Kinderballons“. Es wurde dort die Vermutung ausgesprochen, daß es sich bei den aufgefundenen Kinderballons, die mit einer Karte und der Witte, um Rückmeldung nach genauer Ausfüllung ver-

sehener Fragen verleben sind, um die Absicht handle, auf dem Flugweg der Ballons die Richtung der Luftströmungen um zu strategischen Zwecken heraus zu bekommen. Dazu erfahren wir noch in der badischen Presse, daß die höheren Luftschiffen täglich in allen Ländern Europas von den verschiedensten Stellen aus — auch von Karlsruhe aus — mit gefüllten und ungefüllten Luftballons (Pilot- und Reaktivballons, Drachen, Fesselballons und Flugzeugen) erforscht werden. Die Beobachtungsergebnisse werden unmittelbar nach beendeter Luftfahrt international durch Wetterfunk ausgetauscht. Es gibt hier also gar keine Geheimnisse. Die Wetterdienststellen aller Länder können täglich auf Grund höchst genauer Strömungslinien in der Luft über Europa entwerfen. Von einer Luftspionage kann also keine Rede sein.

2. Anies Original-Varietés-Révue auf dem Schmeibelpfah. Das Unternehmen, welches mit einem ganz erstklassigen Programm, wie man es sonst nur in Großstadt-Varietés sieht und auch tatsächlich mit einem solchen Schritt halten kann, gibt nur noch wenige Tage allabendlich 8.15 Uhr Vorstellungen. Von den Besuchern hört man einstimmig nur ein Lob. Ueber 20 faszinierende Glanznummern ziehen während drei Stunden in bunter rascher Folge ohne jede Störung und nur durch eine „große Pause“ unterbrochen, an den in feiernder, atemloser Spannung dahinsitzen Zuschauer vorüber. Höhepunkte des Abends sind unbedeutend Anies Bromenade auf dem Sprungseil, die Balance-Akte, die jeden erzittern lassen, ferner die verwegene Akrobatik, die entzückende Hundedressur und die letzte Nummer „Seine Karoline“. Stürmischer Beifall begleitet jede Nummer, kaum abgeklaut, schmilzt er von neuem an. Laulafloren durchtoben den Zeitraum, sich an den übertragenden Komplikationen des Anlagers und seiner Partner entzündend. Es sind Stunden der Unterhaltung, der Stimmung und des Humors, es sind Stunden, die alle Sorgen des Alltags für kurze Zeit vergessen machen. Wir empfehlen einen Besuch und wünschen, daß die nächsten Vorstellungen einen regen Besuch aufweisen. Ueber abends 8.15 Uhr findet heute Mittwoch 8.30 Uhr nachmittags eine Kinder- und Familienvorstellung statt. In dieser Vorstellung gelten erta niedrige Preise für Kinder von 20 Pf. an und für Erwachsene von 30 Pf. an. (S. Inerog)

Arbeitsgericht Karlsruhe

Eine unvorsichtige Hausangestellte

Eine Hausangestellte aus Durlach wurde durch das Martbabaus dem Bäckermeister K. in Durlach angeworben. Die Ehefrau verhandelte mit dem Mädchen über die Einstellung und sollte nach Auffassung der Hausangestellten der Termin des Dienstbeginns der 1. September d. J. sein. Als sich die Hausangestellte an diesem Termin zum Dienst meldete, wurde ihr die Mitteilung, man hätte von ihrer Einstellung Abstand genommen, es sei eine Verwandte der Dienstherrin auf ihre Stelle getreten. Das Mädchen klagte nunmehr beim Arbeitsgericht auf Zahlung eines Monatslohnes in Höhe von 25 M. und Verleugnungselb für den Monat September. Die Klägerin trug vor, daß sie am 24. August von der Frau des Beklagten zum 1. September eingestellt worden sei. Es sei ein Lohn in Höhe von 25 M. beiderseitig festgelegt worden. Auch alle sonstigen Dinge, die mit dem Dienste verbunden seien, sind durchgesprochen worden.

Allerdings hat die Frau des Beklagten beim Weggehen der Klägerin betont, daß die Klägerin am darauffolgenden Donnerstag noch schriftlich Bescheid bekomme. Der Arbeitsvertrag sei dadurch mündlich abgeschlossen.

Die Frau (sowohl wie die Tochter des Beklagten bestritten entschieden die Ausführungen der Klägerin. Es sei richtig, daß sie gefragt wurde, welchen Lohn sie beantrage. Richtig sei auch, daß man die Frage an sie richtete, zu welchem Termin sie eintreten könne. Da die Klägerin die erste war, die sich für diese Stelle meldete, hat man vorsichtiger Weise gesagt, sie bestimme bis spätestens Donnerstag schriftlichen Bescheid. Von einer endgültigen Einstellung der Klägerin kann jedoch keine Rede sein. Da hier Behauptungen gegen Behauptungen stehen, beschloß das Gericht, die Frau des Beklagten zu verurteilen. Die Vermittlungen des Vorsitzenden, die Angelegenheit durch Vergleich aus der Welt zu schaffen, waren ergebnislos. Nachdem die Ehefrau des Beklagten als Zeugin ihre Aussagen bekräftigt, wurde die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Dieser Vorgang zeigt zur Evidenz, wie notwendig es ist, daß Hausangestellte die Einstellungsvereinbarungen schriftlich tätigen oder sich aber ein logenantes Handgeld geben lassen. Dann sind sie stets in der Lage, vor dem Arbeitsgericht ihre Klage durch Beweisführung zu stützen.

Welche Betriebe unterliegen der Verordnung für Betriebsstilllegungen?

Sechs bei der Rheinischen Elektrizitäts-Allgemein-Gesellschaft beschäftigte Schlosser und Monteur klagen gegen die Firma auf Zahlung des Lohnes auf die Dauer von 4 Wochen. Die Kläger tragen vor, daß die Firma allen Arbeitern zu verschiedenen Zeiten gefündigt und entlassen habe. Mit dem 31. März d. J., wurde der Betrieb gänzlich stillgelegt. Der Betrieb falle unter die Verordnung der Betriebsstilllegungen und hätte die Firma die Stilllegung ihres Betriebes bei den zuständigen Stellen fristgerecht anmelden müssen. Die Voraussetzung von demselben war, daß den Arbeitern mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen zu kündigen gewesen wäre. Ihr Klageantrag an das Arbeitsgericht forderte an die Kläger den Betrag von 3421.60 M., wovon allerdings für Grund des § 113 ArbG. 1901.77 M. an das Arbeitsamt für bereits bezogene Erwerbslosenunterstützung zurückzuführen sei.

Die Beklagte bestritt, daß die in Karlsruhe errichtete Zweigstelle als ein Betrieb gelte, der unter die Verordnung für Betriebsstilllegungen falle. Die Art wie der Betrieb geführt wurde, erfülle nicht die Voraussetzungen hierzu. Trotzdem habe die Beklagte nachträglich die Stilllegung beantragt. Mit dem anhängig gemachten Zivilprozeß sei parallel eine Strafverfolgung gegen den Direktor der Werke bei der Staatsanwaltschaft gelaufen. Das Schöffengericht kam jedoch zu einem Freispruch. Richtig ist, daß das Badische Gewerbeaufsichtsamt in seinem Gutachten zum Ausdruck brachte, daß der Karlsruher Betrieb unter die Verordnung für Betriebsstilllegungen falle. Das Gutachten sei jedoch auf einseitige Information erlassen worden. Sie beantragte Klageabweisung, gestützt auf den vom Karlsruher Schöffengericht ergangenen Freispruch gegen den Direktor ihres Werkes.

Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende, daß das Arbeitsgericht, ebenfalls gestützt auf den Ausgang der Strafverfolgung gegen den Direktor des Werkes, sich dem anschließende und somit Abweisung der Klage erlösen müsse.

Da Revision in diesem Falle zulässig ist, werden die Kläger davon Gebrauch machen. Das Urteil des Arbeitsgerichts wird bestimmt von den Revisionsinstanzen aufgehoben.

Mausfellen als Lohnersatz

Das traurige Los der Hausangestellten offenbart sich auch bei der Klage einer Hausangestellten gegen den Kaufmann Dragan hier. Klägerin war bei dem Beklagten vom März bis 15. September 1931 gegen eine Tagesvergütung von 1.50 M. beschäftigt. Da dem Beklagten auch noch die Hausordnung über den Verkauf einer

christlichen Beigemeinde unterstellt ist, wurde bei der Einstellung vereinbart, daß die Reinigung des Beklautes besonders vergütet werde. Dragan hat von der Beigemeinschaft für das Reinigen des Saales 10 M. pro Monat erhalten. Die Klägerin erhielt für diese Arbeit von dem Beklagten keinen roten Heller. Die Klägerin wandte sich persönlich an die Inhaber des Beklautes um für ihre Arbeit eine Vergütung zu erhalten. Beim Austrag der Beigemeinde wurde Beklagter von dem Vertreter des Saales der Klägerin angewiesen, wobei ihm vorgehalten wurde, daß er doch jeden Monat den Betrag für das Reinigen abgehoben habe. Aus Verzet darüber, daß er jetzt der Klamierte war, schlug er in Gegenwart des Vertreters der Beigemeinde der Klägerin ins Gesicht. Diese röhre und brutale Art der „Auszahlung“ für geleistete Arbeit gab der Klägerin das Recht, die Stelle fristlos aufzugeben.

Sie erhob Klage beim Arbeitsgericht auf rückständigen Lohn und der Vergütungsumme für das Reinigen des Beklautes. Da die Inhaber des Beklautes nicht wollten, daß auch der Teil der Klage vor dem Arbeitsgericht ausgetragen wird, hat die Klägerin die ihr zustehende Summe für das Reinigen des Beklautes von dem Saalinhhaber persönlich erhalten. Im übrigen wurde die Klage durch Vergleich erledigt. Der Beklagte zahlte an die Klägerin 32 M. und stellt der Klägerin ein Zeugnis aus.

Der Austrag dieser Klage hat wieder bewiesen, welch trauriges Los den Hausangestellten beschiden ist. Nicht nur ausgedeutet bis aufs Blut werden diese armen Geschöpfe, man mißhandelt sie nach und betrügt sie um ihre armer verdiente Grönden. Aber den Kontrakt zwischen der übernehmlichen Beigemeinschaft des Beklautes und der Klägerin festhalten konnte, mußte sich aufhäufen über die rote Tat. Eine traktierende Natur des Beklautes — ein arties stielches und von der ökonomischen Seite armes Geschöpf, die Klägerin.

Wenn finden die Hausangestellten den Weg zu ihrer Organisation, um in ihrem traurigen Dasein und ihrem Kampf um ihre Lebenseristenz, eine Hilfe und treue Berater zu haben?

Freistlose Entlassung wegen des bekannten Gruges des Götz von Berlichingen

Der Nationalsozialist Wörner, der beim Städt. Gaswerk-Ost beschäftigt war, lebt mit seiner Familie seit geraumer Zeit in Unfrieden, und ist des öfteren seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht nachgekommen. Er wollte sich anscheinend den Verpflichtungen gegen seine Familie gegenüber im wesentlichen entziehen, indem er gänzlich aus Karlsruhe verschwinden wollte. Am 15. März ds. Js. schrieb und verlangte von der Stadtverwaltung 2000 M. Abfindung, die ihm den Umständen nach nicht ausstehen werden konnten, da bombastischer angenommen werden mußte, daß dann die Familie der allseineren Fürjorge anheim fallen würde. Während der Behandlung dieser Angelegenheit ließ das in Frage kommende Desernat den Wörner durch seine Dienststelle einbestellen. Den in Frage kommenden Beamten, gab er zur Antwort: „Die da oben können mich am U...e ledern“. Als man trotzdem auf seine Einvernahme drängte, meldete er sich alsdann bei dem zuständigen Desernat. Stadtmann Laubach hatte Mitleid mit Wörner, trotz seinem disziplinwidrigen Verhalten und wollte sich beim Bürgermeisteramt für ihn verwenden. Als ihm vorgehalten wurde, daß sein Verhalten im Werk einem Beamten gegenüber, der doch nur seine Pflicht erfüllte, in so höchst unangenehme Weise erfolgte, erklärte er Herrn Stadtmann Laubach, der nur sein Bestes wollte, auch Sie können mich am U...e ledern. Hierauf erfolgte auf Grund des § 123 der Gewerbeordnung seine freistlose Entlassung. Gegen diese Form der Entlassung strengte Wörner Klage beim Arbeitsgericht Karlsruhe an.

Wörner verurteilte nun den altbekannten Trias der Nazi anzuwenden, er habe mit dem Ausdruck, die da oben können mich am U...e ledern, seine Frau gemeint. Herrn Laubach gegenüber habe er bestimmt den Ausdruck nicht gebraucht. Das Gericht schenkte diesem Ableugnungsversuch keinen Glauben. Es erkannte vielmehr durch die überzeugende Darlegungen des Vertreters der Beklagten, Herr Stadtmann Laubach, ein höchst plumbrißes Verhalten Wörners an, das mit Recht seine freistlose Entlassung zur Folge hatte und wies diesen seinen Herrn mit seiner Klage ab unter Aufrechterlegung der entfallenden Kosten.

Diese Entscheidung des Arbeitsgerichts halten wir für begründet. Wenn auch kein Mensch einer solchen Einlabung Folge zu leisten braucht, so ist doch das Verhalten dieses Nazis einem edelherzigen Menschen gegenüber, wie aus der Handlung des Herrn Stadtmann Laubach gegenüber diesem freien Patron erfolgt ist, ein höchst lobenswerter. Man kann nur mitbedrübende Umstände gelten lassen mit Rücksicht darauf, daß die Handlungsweise des Nazi Wörner ihre Auslösung findet aus dem rüben und Sauberdanten, wie man ihn tagtäglich im Organ der Nazis, dem Führer feststellen kann.

Kampf dem Krebs

Jedes Jahr ließen sich zehntausende vom Krebstode retten, wenn nur die Möglichkeiten, die den Ärzten und Krebsinstituten zur Verfügung stehen, schon angemessen würden.

Es geht nun darum, an wenigen Zentralstellen auf einer zentralen Anstalt zu schaffen und zu unterhalten und ihnen die geeigneten Erfrankten zuzuführen.

Die nächste Aufgabe der Krebsinstitute ist nicht mehr nur die Erforschung des Krebses, nicht mehr die Theorie, die jetzt das erste Wort zu sprechen, sondern die Praxis, die Heilung der Krebskrankheit mit den Hilfsmitteln, die jetzt schon zur Verfügung stehen.

Es ist eine Lichtbildreihe mit einem Vortrag über den Krebs geschaffen worden, es wurde ein Merkblatt herausgegeben, es ist ein Film hergestellt worden über den Krebs und zu diesem Film wieder ein Lichtbildernotiz.

Wanderausstellung und Film „Kampf dem Krebs“ werden vom 7. bis 25. Oktober in Karlsruhe in der Badischen Landesgemerkschaft, Karl-Friedrich-Str. 17, gezeigt.

(*) Fleischpreisabfall. Dem Rückgang der Einkaufspreise folgend, läßt die hiesige Metzgerei ab Mittwoch, 7. d. M., einen zum Teil nicht unbedeutenden Abfall der Preise für Rind- und Kalbfleisch...

Veranstaltungen

(*) Promenadenkonzert. Bei günstiger Witterung veranstaltet die Volkstheaterkapelle - unter Leitung von Obermusikmeister Heiß - am Mittwoch, 7. Oktober, von 17 bis 18 Uhr im Stadtteil Mühlburg...

Lichtspielhäuser

Heute Mittwoch findet bei mit Spannung erwarteter Premiere des ersten deutschen Ton- und Sprech-Kinematographen „Donau und Rhein“ statt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der hohe Druck hat sich weiter nach Südosteuropa zurückgezogen, so daß die bei den Härder-Zonen liegende Depression auch in unser Gebiet maritime Luft vorziehen wird.

Wasserstand des Rheins

Obel 60; Waldshut 254, Gef. 8; Schusterinsel 119, Gef. 6; Rehl 263, Gef. 6; Maxau 431, Gef. 2; Mannheim 322, Gef. 1; Caub 219 Gef. 1m.

Vereinsanzeigen

So ist 4 Jellen 60 Pf. bis 10 Jellen 80 Pf. bis 15 Jellen 1.00 Pf. bis 20 Jellen 1.20 Pf. bis 25 Jellen 1.40 Pf. bis 30 Jellen 1.60 Pf.

Karlsruhe. Volkskammer. Heute abend 7.30 Uhr Verwallungs-Ratung im Volkshaus...

Naturfreund Mühlburg. Heute Zusammenkunft. 7.40

Chetredakteur: Georg Schöppin. Verantwortlich: Volpert, Friedrich Baden, Volksfreund, aus aller Welt, letzte Nachrichten...

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Der für heute, Mittwoch, 7. Oktober, festgesetzte Vortrag des Genossen Farrer Kappes in der Frauenversammlung...

Sozialdemokratische Frauenaktion. Auf die heute abend 8 Uhr im Handarbeitsaal der Lessingstraße stattfindende Versammlung in der Gen. Farrer Kappes über: „Erziehung zum sozialistischen Menschen“...

Der Geschäftsbericht des Konsumvereins für das abgelaufene Geschäftsjahr (1. 7. 1930 bis 30. 6. 1931) liegt vor, und es ist von hohem Interesse und ein erhellendes Zeugnis...

Der Durchschnittspreis für den Konsumverein im Jahre 1930 betrug 225 Mark und beim Gesamtverbraucher gar 397 Mark betragen habe, daß also im Durlacher Konsumverein der Durchschnitt noch erheblich besser werden dürfte.

Die Durchschnittspreise für den Konsumverein im Jahre 1930 betrug 225 Mark und beim Gesamtverbraucher gar 397 Mark betragen habe, daß also im Durlacher Konsumverein der Durchschnitt noch erheblich besser werden dürfte.

Die Durchschnittspreise für den Konsumverein im Jahre 1930 betrug 225 Mark und beim Gesamtverbraucher gar 397 Mark betragen habe, daß also im Durlacher Konsumverein der Durchschnitt noch erheblich besser werden dürfte.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Ruppurt (Dammertod-Gartenstadt-Ruppurt)

Am Mittwoch, 7. Oktober, 20 Uhr, findet eine Parteiverammlung im „Jägerhaus“ statt. Ein sachkundiger Redner...

Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Lehrer Mittwoch, 7. Oktober, abends 17 Uhr, findet unsere Oktober-Zusammenkunft im Volkshaus statt.

Bezirk Südstadt

Mittwoch, den 7. Oktober, in der „Deutschen Eiche“, Ungarstr. 10, um 20 Uhr, Bezirksversammlung mit Vortrag von Professor Kobach über: „Frankreich, England und wir.“

Bezirk Grünwinkel mit Gartenstadt und Altbiedlung

im Vereinsheim des Arbeiter-Fußballvereins Grünwinkel mit Vortrag des Genossen Dr. Landauer. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Freier Hausfrauenbund

Unsere nächste Zusammenkunft findet am Donnerstag, 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Kaffee Stübinger statt. Tagesordnung: Vortrag von Gen. Direktor Wilhelm über „Das kulturelle Gesicht des Sozialismus.“

Kinderfreunde

Junge Frauen (M): Mittwoch 14-16 Uhr in der Tullastraße. - Rote Fackel (M): Mittwoch 14-16 Uhr in der Tullastraße. - Junge Fackel (M): Samstag 14-16 Uhr in der Tullastraße.

Letzte Nachrichten

Kammerauslösung in Frankreich?

Paris, 7. Okt. (Funkdienst.) Der radikale Abgeordnete Montignou kündigt an, daß er in der Kammer eine Entschließung einbringen werde, die die Regierung auffordert, dem Senat die Auflösung der Kammer vorzuschlagen...

So sehen die Anti-Marxisten aus

Braunschweig, 6. Okt. (Ein. Drabt.) In Braunschweig ist Kaufmann Bernhard Köhler verhaftet worden. Köhler hat in seiner Eigenschaft als Vorstandsmittglied der Bauo. Vereinigung Baugewerbetreibender e.G.m.b.H. 160000 Mark unterschlagen.

Das Flugzeug über Rom

Paris, 6. Okt. (Funkdienst.) Wie einige Pariser Zeitungen aus Rom melden, ist das Flugzeug, das am Samstag über Rom anlässlich der Flugblätter abgeworfen hat, ein deutscher Apparat gewesen.

Verhaftungen wegen der Erschießung des Nationalsozialisten Garthe

Essen, 6. Okt. Außer den bisher wegen der Erschießung des Nationalsozialisten Garthe verhafteten Kommunisten sind vier weitere Kommunisten festgenommen worden.

Aus dem Gerichtssaal

Den Schwager erschossen, die Schwester durch Schüsse verletzt

Freiburg, 5. Okt. Zwischen dem verheirateten Landwirt August Littin in Eichtetten am Kaiserstuhl und seinem Schwager Wilhelm Meier von dort hatte sich ein äußerst gespanntes Verhältnis entwickelt, das von Zeit zu Zeit zu Streitigkeiten und gegenseitigen Bedrohungen führte.

Was ein Häkchen werden will

Im Karlsruhe, 6. Oktober. Der 20 Jahre alte Mechaniker Otto B. aus Karlsruhe verließ infolge „Arads“ mit seinem Vater und weil ihm dort nicht alles passte, das Elternhaus und mietete sich bei einer 73 Jahre alten Bahnarbeiterwitwe in der Markgrafstr. ein Zimmer.

Auskünfte der Redaktion

Baden-Baden. Das Herrichten der Zimmeröfen, wenn sie ausgebrannt sind, ist nach dem Bürgerl. Gebetsbuch Sache des Hausbesitzers.

Ich bringe Ihnen Glück! Bestellen Sie sofort ein LOS der Preuß.-Südd. Staatslotterie Ziehung 1. Kl. am 21. u. 22. Oktober bei einem Staat. Lotterie-Einnehmer oder bei der Preussisch-Süddeutschen Lotteriebank Berlin W 8, Friedrichstraße 186

